

# Schweizerzeit

Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

«**Ja** zur Schweiz»

www.schweizerzeit.ch | 41. Jahrgang, Nr. 5, Freitag, 13. März 2020

*Neue Landeshymne auf erbärmlichem Niveau*

2

*Das grosse Sterben der Insekten*

7

*Ich gendere, also bin ich*

14

Flüeli-Ranft OW

Bild: Denise Betschart Gurtner, Flaach ZH



Neue Landeshymne auf erbärmlichem Multikulti-Niveau

# Leerformeln und Banalitäten

von Prof. Dr. Mario Andreotti, ehem. Lehrbeauftragter für Sprach- und Literaturwissenschaft an der Universität St. Gallen

Unsere Nationalhymne war seit ihrer Einführung 1961 umstritten. Daher gab es in den letzten Jahrzehnten immer wieder Anläufe zu ihrer Überarbeitung.



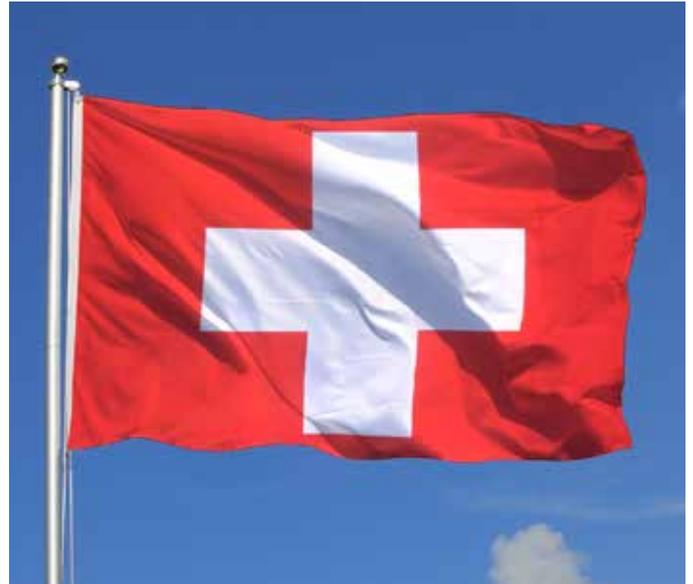
Das ist auch verständlich, geht doch der Text des 1841 von Alberich Zwyssig komponierten Schweizerpsalms nicht nur sprachlich, sondern auch theologisch nicht mehr an, zumal der in diesem Psalm besungene Gott als rein männlicher Nationalgott erscheint, der zudem pantheistische Züge trägt («Seh' ich dich im Strahlenmeer»). Das entspricht

ganz dem Gottesbild einer idealistischen Theologie des 19. Jahrhunderts, in der Gott weithin als «Vorsehung», als «Herrgott» und als «lieber Gott» verbürgerlicht beziehungsweise anthropologisiert wurde. Der Text, 1840 von Leonhard Widmer verfasst, ist zudem derart veraltet, derart sperrig und teilweise gar schwülstig, dass ihn heute kaum mehr jemand versteht, geschweige denn auswendig lernen mag. Das lässt sich an Bundesfeiern oder an Fussball-Länderspielen beobachten, wo die Teilnehmer häufig schweigen oder nur leicht die Lippen bewegen.

## Eine «landesweite Debatte anstossen»

Nun hat die «Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft» einen neuen Hymnentext vorgeschlagen. Mit ihm möchte sie «eine landesweite Debatte über die Identität und die zentralen Werte unseres Landes anstossen», wie sie in einer Medienmitteilung schreibt. Die neue Hymne soll einfacher als die alte sein und die Werte der Bundesverfassung verkörpern.

So weit, so gut. Nur stösst dieser neue Hymnentext nicht überall auf eitel Freude. Und das aus gutem Grund. Der kurze Text erweist sich, gelinde gesagt, als Anhäufung von Allerweltsfloskeln und Gemeinplätzen. Er ist ein Abklatsch aus der Präambel der Bundesverfassung von 1999. Was dort noch angeht, die Verherrlichung von Unabhängigkeit und Frieden, von Freiheit, Offenheit und Solidarität mit der Welt, vor allem mit den Schwachen, wirkt, in Liedgut umgesetzt, fürchterlich abgegriffen und platt. Es handelt sich um aufklärerische Werte, die in ihrem universellen Charakter aber für fast jedes Land Gültigkeit



haben. Selbst Länder wie Russland und China können sich mit ihnen identifizieren. Da ist nichts, was spezifisch für die Schweiz wäre.

Ähnlich platt, ja inhaltsleer, ist die Sprache des Hymnentextes. Wenn der Text mit den Zeilen «Weisses Kreuz auf rotem Grund, unser Zeichen für den Bund» beginnt, so ist das etwa gleich banal, als wenn jemand schriebe «Braune Kuh auf grüner Wiese». Nicht anders der refrainartige Schluss des Textes, der noch banaler, sprachlich noch erbärmlicher ist, wenn es da heisst: «Weisses Kreuz auf rotem Grund, singen alle wie aus einem Mund.»

## Fehlender Bezug zu Gott

Die Gegner des neuen Hymnentextes kritisieren auch den fehlenden Bezug zu Gott, und dies zu Recht. Der Umstand, dass in der Schweiz die Zahl jener, die kei-

Prof. Dr. Mario Andreotti, geb. 1947, war Lehrbeauftragter für Sprach- und Literaturwissenschaft an der Universität St. Gallen und lehrt heute Neuere deutsche Literatur an zwei Pädagogischen Hochschulen. Daneben ist er Buchautor, unter anderem Autor des Standardwerks «Die Struktur der modernen Literatur».

[www.formatost.ch](http://www.formatost.ch)

Bitte beachten Sie auch das Buchzeichen mit Bestelltalon auf Seite 23.

ner Religion angehören, zunimmt, berechtigt noch lange nicht, Gott aus unserer Hymne zu verbannen. Es kommt nicht auf Einzelne an, sondern auf die Tradition, in der unser Land seit den Bundesbriefen im 13. und frühen 14. Jahrhundert steht. Und das ist nun einmal die abendländisch-christliche Tradition. Es dürfte kein Zufall sein, dass selbst die Präambel der Bundesverfassung von 1999, auf die sich die Verfechter der neuen Hymne so gerne beziehen, mit der Anrufung Gottes beginnt. Und wenn da gleich in der dritten Zeile von der «Schöpfung» die Rede ist, da setzt das logischerweise voraus, dass es einen Schöpfer gibt. Daher ist nicht einzusehen, warum Gott im neuen Hymnentext fehlt.

#### Alles Nationale ausmerzen?

Neben allem Religiösen soll im Text offenbar auch alles Nationale ausgemerzt werden. Zeilen wie etwa «Offen für die Welt, in der wir leben, woll'n wir nach Gerechtigkeit streben» sind inhaltlich nicht nur nichtssagend, sondern lassen auch die Absicht erkennen, der politischen und ökonomischen Globalisierung das Wort zu reden. Unsere Landeshymne wird so zu einem «Multikulti»-Gesang degradiert. Keine Frage: Wir brauchen (allenfalls) einen neuen Hymnentext, aber einen, der literarische Qualität hat, und nicht einen, der nichts weiter ist als lediglich ein Sammelsurium von Leerformeln und Banalitäten.

Mario Andreotti

## Churz & Bündig

Die Türkei führt völkerrechtswidrig Krieg gegen Syrien. Um EU und Nato zum Mitmachen zu erpressen, öffnet Erdogan skrupellos die Flüchtlingsschleuse in Richtung Westeuropa. Ist die Wiedererrichtung von Grenzkontrollen durch die Schweiz zwecks Begrenzung unkontrollierter Masseneinwanderung nicht die einzig richtige Gegenmassnahme auf Erdogans Erpressung?

\*

Veranstaltungen für mehr als tausend Teilnehmer sind derzeit – Corona-bedingt – untersagt. Dazu eine Frage an Berns Stadtväter und -mütter: Gilt dieses Versammlungsverbot auch für die «Alternativen» in der Berner Reithalle?

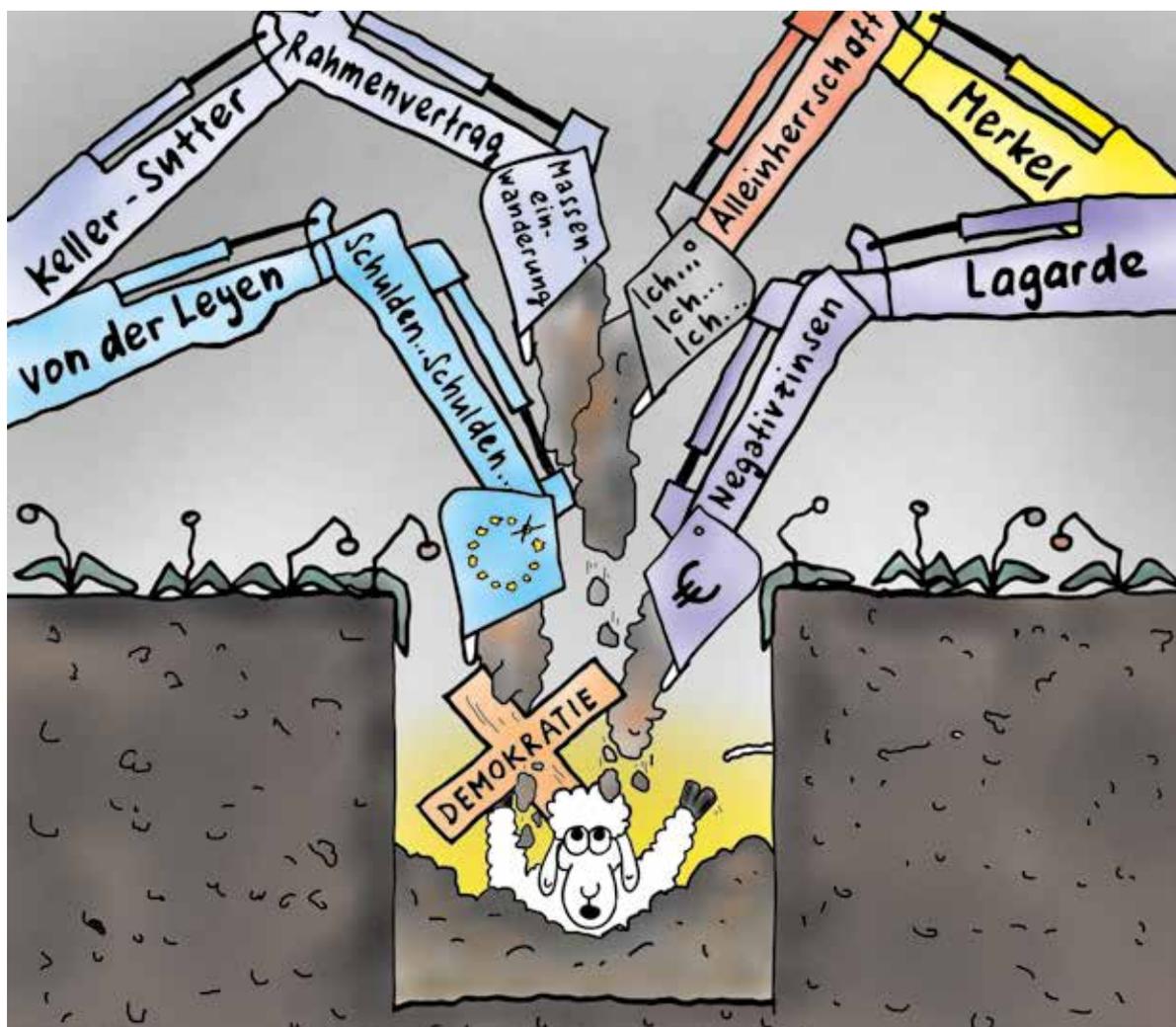
\*

Die Direktorin von Economiesuisse, Monika Rühl, hat den Medien überraschend offenherzig verraten (Tages-Anzeiger, 8. März 2020), Economiesuisse habe Mitglieder des Bundesrats für rund ein halbes Dutzend Veranstaltungen gegen die Begrenzungsinitiative aufbieten können. Sind Bundesräte also Botschafter der Masseneinwanderung – nachdem Volk und Stände am 9. Februar 2014 der Masseneinwanderung eine unzweideutige, inzwischen in der Bundesverfassung verankerte Absage erteilt haben?

us / [www.schweizerzeit.ch](http://www.schweizerzeit.ch)

#### Die Totengräberinnen der Demokratie

cartoonexpress.ch  
Martin und Jürg Guhl



Ein Europa ...

# ... an das wir glauben

hf. Im Oktober 2017 haben dreizehn namhafte liberale Intellektuelle aus ganz Europa einen Aufruf unter dem Titel «A Europe We Can Believe in» (Ein Europa, an das wir glauben können) veröffentlicht. Das nach seinem Entstehungsort auch «Pariser Erklärung» genannte Manifest wurde bislang in 25 Sprachen übersetzt. Es ist im Internet unter [thetrueeurope.eu](http://thetrueeurope.eu) abrufbar. Die «Schweizerzeit» hat das Manifest, das eine Alternative zur Fehlkonstruktion EU aufzeigt, bisher bereits in sechs Folgen publiziert. Lesen Sie heute die siebte und letzte Folge und beachten Sie das untenstehende Inserat des «Neuen Rütlibundes».



## Märkte nach sozialen Gesichtspunkten ausgestalten

Obwohl wir die positiven Aspekte der freien Marktwirtschaft anerkennen, müssen wir Ideologien ablehnen, die versuchen, die Logik des Marktes über alles zu stellen. Wir dürfen nicht zulassen, dass alles käuflich ist. Gut funktionierende Märkte brauchen den Rechtsstaat. Märkte funktionieren am besten, wenn sie eingebettet sind in starke soziale Einrichtungen, die sich selbst nach nichtmarktwirtschaftlichen Prinzipien organisieren. Wirtschaftswachstum, obwohl segensreich, ist nicht das höchste Gut. Heutzutage ist sogar die politische Souveränität durch globale Firmenriesen bedroht. Die Nationalstaaten müssen zusammenarbeiten, um der Arroganz und Gedankenlosigkeit der globalen wirtschaftlichen Kräfte Herr zu werden.

## Erziehung muss reformiert werden

Wir glauben, dass Europa eine Geschichte und eine Kultur hat, die es wert sind, erhalten zu werden. Unsere Uni-

versitäten begehen allerdings zu oft Verrat an unserem kulturellen Erbe. Wir müssen die Studien- und Lehrpläne dahingehend ändern, dass sie unsere gemeinsame Kultur vermitteln und nicht mehr junge Menschen zur Ablehnung der eigenen Kultur animieren. Lehrer und Erzieher in allen Bereichen stehen in der Pflicht.

## Ehe und Familie sind essentiell

Die Ehe ist das Fundament der Gemeinschaft und die Basis für die Harmonie zwischen Mann und Frau. Wir bekräftigen, dass es unsere wichtigste Aufgabe in der Gesellschaft und als menschliche Wesen ist, Mütter und Väter zu sein. Ehe und Kinder sind der integrale Bestandteil jedes menschlichen Fortschritts. Kinder fordern Opfer von denen, die sie in die Welt bringen. Diese Opfer sind edel und müssen anerkannt und belohnt werden. Wir fordern eine umsichtige Sozialpolitik, die Ehe, Kinder und Kindererziehung unterstützt und stärkt.



# Neuer Rütlibund

Die Vereinigung «Neuer Rütlibund» engagiert sich auf der Basis der christlichen Soziallehre und setzt sich für die christliche Identität, eine Kultur des Lebens und unsere Heimat ein.



## Bestell-Talon

für die Broschüre «Pariser Erklärung»

Name, Vorname

Straße

PLZ und Ort

Senden Sie mir folgendes zu:

x die Broschüre «Pariser Erklärung» zu.

weitere Informationen zum Neuen Rütlibund

Inserat ausschneiden und einsenden an:

**Neuer Rütlibund, 6000 Luzern**

oder per E-Mail an: [info@neuer-ruetlibund.ch](mailto:info@neuer-ruetlibund.ch)

### Auseinandersetzung mit dem «Populismus» annehmen

In Europa herrscht derzeit grosse Sorge wegen des Anstiegs des sogenannten «Populismus». Europa muss sich eher auf seine tiefe historische Weisheit und seine Traditionen beziehen, als sich auf einfache Parolen und trennende emotionale Appelle einzulassen. Dennoch anerkennen wir, dass vieles an diesem neuen politischen Phänomen durchaus einen berechtigten Aufstand gegen die Tyrannei des falschen Europas darstellen kann, welches jeden Angriff auf sein Monopol der moralischen Legitimität als «antidemokratisch» bezeichnet. Der sogenannte «Populismus» fordert die Diktatur des Status quo und den «Fanatismus der Mitte» heraus, und dies mit voller Berechtigung. Er ist ein Anzeichen dafür, dass selbst in unserer verfallenen und verarmten politischen Kultur das historische Bewusstsein der europäischen Völker wiedererstehen kann.

### Unsere Zukunft ist das wahre Europa

Wir lehnen die Behauptung ab, dass es keine verantwortungsbewusste Alternative zur künstlichen und seelenlosen Solidarität eines gemeinsamen Marktes, zu einer transnationalen Bürokratie und zu einem oberflächlichen Entertainment gibt. Brot und Spiele sind nicht genug. Die verantwortungsbewusste Alternative ist das wahre Europa.

### Wir müssen Verantwortung übernehmen

Wir fordern alle Europäer auf, unseren Kampf gegen die Illusion einer multikulturellen Welt ohne Grenzen zu unterstützen. Wir lieben unsere Heimatländer und wollen unseren Kindern das weitergeben, was wir selbst als unser nationales Erbe empfangen haben. Als Europäer haben wir auch ein gemeinsames Erbe, und dieses Erbe fordert von uns, gemeinsam und in Frieden in einem Europa der Vaterländer zu leben. Lasst uns unsere nationale Souveränität erneuern und zu einer würdigen geteilten politischen Verantwortung zurückfinden – für Europas Zukunft.

*Philippe Bénéton, Rémi Brague, Chantal Delsol, Pierre Manant (Frankreich); Roman Joch (Tschechien); Láncti András (Ungarn); Ryszard Legutko (Polen); Roger Scruton (Vereinigtes Königreich); Robert Spaemann (Deutschland); Bart Jan Spruyt (Niederlande); Matthias Storme (Belgien); Dalmacio Negro Pavón (Spanien)*

## Ihr Inserat

in der Schweizerzeit:



Nehmen Sie mit mir Kontakt auf.  
Jederzeit und unkompliziert.

**Markus Rezzonico**  
Inserate-Akquise  
SVP-Delegierter  
AUNS-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61  
markus.rezzonico@dietschi.ch

## Schmiere



Erdogan führt einen Angriffskrieg gegen die Kurden. Gegen jene Kurden, die bei der Niederringung der IS-Terroristen die Hauptlast getragen haben. Erdogans Armee kämpft – zwingendes Völkerrecht vorsätzlich und krass verletzend – auf fremdem, auf syrischem Territorium. Erdogans Armee steckt fest, ist in Bedrängnis. Und die Türkei wird von schwerer Wirtschaftskrise durchgeschüttelt.

Den Ausweg aus verzweifelter, völkerrechtsverletzender Lage sucht Erdogan mittels Erpressung der EU-Führung. Darum gestattete er über drei Millionen Migranten – aus Afghanistan, aus Pakistan, aus dem Irak, aus einer ganzen Reihe schwarzafrikanischer Länder – den Zugang auf türkisches Territorium. Er nutzt sie als Erpressungswaffe: Komme ihm die EU, komme ihm die Nato in seinem bedrohlich feststeckenden Feldzug gegen die Kurden nicht zu Hilfe, öffne er diesen Millionen Migranten – kurzerhand zu Flüchtlingen erklärt – die Grenze nach Westeuropa. Werde ihm nicht militärisch geholfen, dann müsse er – als Schmiermittel für seinen Krieg – zumindest mit einigen Milliarden Euro abgefunden werden.

Brüssel mit Frau von der Leyen ist in der Klemme: Man müsse, wird zur Tarnung der bitteren, ja verbrecherischen Wirklichkeit lamentiert, zumindest den Minderjährigen, den «elternlosen Flüchtlingen» helfen. Und plötzlich sind Abertausende dieser illegalen Eintritt ins Sozialparadies Europa suchenden Migranten «elternlose Flüchtlinge». Wer will all diesen jungen Männern schon beweisen, dass sie volljährig sind? Oder dass ihre Eltern irgendwo hinter und mit ihnen warten und angreifen, auf dass die Grenzzäune endlich fallen?

Das «afrikanische Geschäftsmodell» kann, wenn er dazu nur den Willen aufbringt, jeder durchschauen: Gelingt es, wenigstens ein junges Familienmitglied nach Europa einzuschleusen, das dann regelmässig einen Teil der ihm zufließenden Sozialhilfegelder als Schmiermittel für besseren Lebensunterhalt nach Hause schickt, dann ist der ganze in Afrika verbliebene Clan zumindest für einige Zeit saniert. Je mehr eingeschleust werden können, desto besser.

Wer seine Landesgrenze nicht schützen kann, ist solch durchtriebenen Erpressungen hilflos ausgeliefert. Deshalb braucht es die Begrenzungs-Initiative.

Ulrich Schlüer

Spalte  
rechts

«Swiss» bootet Pralinenhersteller «Läderach» aus – weil sich dessen Chef als Christ für Lebensschutz engagiert

# Schwule Schokolade

von Birgit Kelle, Journalistin und Publizistin, Kempen BRD



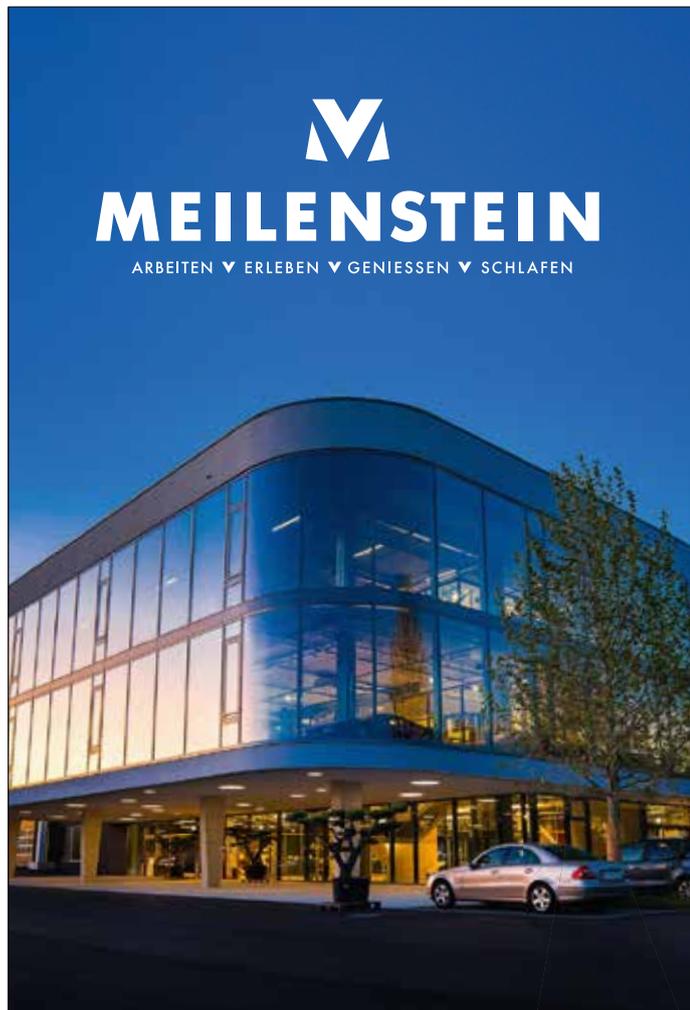
Im Sommer flog ich aus den USA zurück nach Hause und stiess auf der Suche nach einem passenden Unterhaltungsprogramm auf die «pinken» Kinofilme. Die explizite Kennzeichnung aller Drehbücher in der «Pride»-Kategorie war durchaus hilfreich, um das auszusortieren, was ich auf gar keinen Fall sehen will. Dass der «schwule Film» über dem Atlantik eine eigene Schublade braucht, hatte mich doch irritiert. Sind das nicht diese LGBT-Trans-Irgendwas-Leute, die ständig erklären, nicht anders zu sein als jeder Durchschnitts-Hetero? Ist das im Flieger jetzt anders? Das viel gesuchte «schwule Gen» als Beweis ist noch nicht gefunden, wobei die auffällig hohe Frequenz homosexueller Flugbegleiter bei allen Airlines weltweit mal eine eigene Untersuchung wert wäre.

Gerade wird dieser von mir «gefühlte» Zustand durch die Fluggesellschaft «Swiss» bestätigt. Dort arbeiten überdurchschnittlich viele homosexuelle «Mitarbeiter\*innen», berichten Schweizer Medien. Auch wegen deren Beschwerden habe man sich nun bei «Swiss» gerade vom

jahrelangen Schokoladenlieferanten Läderach getrennt. Läderach macht nicht nur durch sensationelle «Schoggi», sondern auch als angeblicher «Homo- und Abtreibungsgegner» von sich reden. Geschäftsführer Johannes Läderach sitzt im Vorstand des Vereins «Christianity for today». Christ, Verfechter der traditionellen Familie und Lebensschützer – da ist man schnell raus aus der angeblich so neutralen Schweiz. Zum «Dank» für diese offenbar ungehörig schwulenfeindliche Position wurden bereits zahlreiche Filialen des Schokoladenherstellers mit Buttersäureattacken durch die «Toleranzfraktion» beglückt. Homofeindliche Pralinen, das geht ja wirklich nicht.

Sicher findet sich auch ein neuer Schweizer Lieferant für garantiert schwule Schokolade über den Wolken. Jemand sollte den aufgeregten Homoaktivisten allerdings erklären, dass sie dankbar sein sollten, dass sich Menschen gegen Abtreibung einsetzen. Denn sollte das viel gesuchte schwule Gen gefunden werden, wären das die einzigen, die noch dafür auf die Strasse gehen, dass auch das auf keinen Fall ein Abtreibungsgrund für ein ungeborenes Kind sein kann.

Birgit Kelle



## ➤ EIN EINZIGARTIGES ZENTRALES ERLEBNISHOTEL

Das 4-Sterne-Hotel Meilenstein mit 85 exklusiven Doppelzimmern bietet eine inspirierende Szenerie für geschäftliche oder private Aufenthalte im Herzen der Schweiz.

- Diverse Restaurants lassen kulinarisch keine Wünsche offen
- Faszinierende Unterwasserwelt im Aquarium Langenthal
- Exklusives Fahrzeug- und F1-Museum mit Fahrzeugen aus aller Welt
- Bowling- und Billiard-Freizeitspass für Private, Firmen und Vereine
- Eigenes Wellness- und Sportcenter für aktive Freizeitgestaltung



Lotzwilstrasse 66 | 4900 Langenthal | Tel 062 919 18 18  
info@dermeilenstein.ch | www.dermeilenstein.ch

Zuwanderung bedeutet Artensterben

# Das grosse Sterben der Insekten

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Insekten sterben, und den Ruf des Rebhuhns, des Raubwürgers, Wiesenpiepers und Steinkauzes hört man nicht mehr. Dafür gibt es einen Grund.



Die Bienen summen, sie zirpen, sie erfreuen uns mit ihrer Schönheit. Die Bienen schenken uns Honig, und viele Arten bestäuben die Pflanzen. Käfer, Mücken und ihre Larven ernähren Fische und Vögel sowie auch manches Säugetier. Doch die Bestände sind dramatisch zurückgegangen. 60 Prozent der Insektenarten in der Schweiz sind gefährdet.

## Flächenfrass und Zerstückelung

Insektenkiller Nummer 1 ist der Flächenfrass. Die Ausbreitung von Siedlungs-, Industrie- und Verkehrsflächen ist ein entscheidender Grund für die Zerstörung von Lebensräumen. Dazu kommen Stickoxid-Emissionen von Verkehr, Industrie und Haushalten. Auch die Zerschneidung des Lebensraums tötet Insekten: Im Mittelland sind ihre Lebensräume selten geworden und liegen oft zu weit auseinander. In Siedlungen trägt auch die Lichtverschmutzung zum Rückgang der Insekten bei. Und auch Windkraftanlagen können regional eine Rolle beim Rückgang mancher Fluginsekten-Populationen spielen. Daher erstaunt nicht, dass der WWF als Hauptursache für die Zerstörung von Lebensräumen das weltweit rapide Bevölkerungswachstum nennt. Das gilt auch für die Schweiz. Die Zunahme der Schweizer Bevölkerung – allein aufgrund der Zuwanderung um 1 Million innert 13 Jahren – führte dazu, dass vierzigmal eine Stadt in der Grösse von Frauenfeld gebaut werden musste.

## Drei Bienen pro Minute

Pro Jahr werden wegen der Zuwanderung 237,5 Fussballfelder (FIFA-Norm) à 7'140 m<sup>2</sup> überbaut, das sind 1'695'750 m<sup>2</sup>. Rechnet man mit einer Biene pro Quadratmeter, so verschwinden 1,7 Millionen Bienen pro Jahr, jede Minute deren drei. Zwar hat auch die Landwirtschaft ihren Anteil am Insektensterben. Die Steigerung der Flächenproduktivität ab der Mitte des 18. Jahrhunderts durch landwirtschaftliche Neuerungen, Intensivierung der Abbaumethoden und Mechanisierung, ist immer noch im Gang, und sie verstärkt sich durch starken Pestizideinsatz und zunehmend bodenunabhängige Produktionssysteme, welche die Insekten bedrohen. Die Bauern machen zwar viel, um die Biodiversität zu erhalten. Aber, so hält der Bund glasklar fest: «Angesichts des (...) nationalen Bevölkerungswachstums gilt es, die landwirtschaftliche Produktion zu steigern.» Mehr Menschen bedeutet weniger Kulturland, es wird eng und intensiv. Noch mehr Bienen werden wegen der Zuwanderung sterben, noch mehr Insekten gehen ein.

## Massenmord an den Insekten

Rechnen wir vorsichtig: Aufgrund des Bevölkerungswachstums verschwinden jedes Jahr fast zwei Millionen Bienen und mit ihnen viele andere Insektenarten. Das Bevölkerungswachstum – das allein getrieben ist von der Zuwanderung – ist also zumindest mitverantwortlich für das grosse Sterben der Insekten. Und mit den Insekten verschwinden viele Vögel. Ihnen fehlen die Insekten als Nahrung. Die Küken sterben einen leisen Tod.

Die Begrenzungsinitiative ist unsere Chance, der Natur wieder mehr Raum zu geben.

Hermann Lei



**MAB** <sup>+</sup> Möbel  
Muotathal  
Peter Föhn, Alt-Ständerat

Spezialunternehmen für:  
**UMBAUTEN - SANIERUNGEN - REPARATUREN**

Wir bedienen jeden Kunden individuell – Aber alle gleich gut



**BauExpert GmbH**  
Loomattstrasse 14c  
8143 Stallikon  
044 731 15 48  
info@bauexpert-gmbh.ch  
www.bauexpert-gmbh.ch

Wir arbeiten als Totalunternehmer oder Generalunternehmer

In Notfällen; 24h - 7 Tage, Pikett unter 079 757 70 31



## Leserbriefe

### Hinters Licht geführt

Kürzlich war zu lesen, dass der Windstrom um 20 Prozent zugelegt habe. Unterschlagen wurde, dass gegenwärtig nicht einmal ein halbes Prozent des Totalverbrauches aus Windenergie produziert wird. Zweitens wurde berichtet, dass der Bundesrat gedenke, für die nächste vier Jahre 11,25 Milliarden Auslandhilfe zu gewähren. Das mache ja bloss 80 Rappen pro Einwohner und Tag aus. Da wird kleingeredet, dass einerseits über 11'000 Millionen Franken ins Ausland verschenkt werden – und zusätzliche 1'000 Millionen, welche der Bundesrat der EU schenken will, werden unterschlagen. Wie wäre es, wenn der Bund für die AHV auch noch täglich «nur» 80 Rappen pro Einwohner zahlen würde? Bei der gegenwärtigen Einwohnerzahl von 8,5 Millionen wären das 8,5 Millionen mal 80 Rappen, das sind gut 6,5 Millionen Franken – und das jeden Tag!

Walter Studer, Breitenbach SO

### Verantwortung

Es wäre gegenüber all jenen, die im Gesundheitswesen tätig sind, aber auch für die ganze Bevölkerung, fair gewesen, wenn zum «ersten Opfer in der Schweiz» mitgeteilt worden wäre, dass dieses bereits vor längerer Zeit ernsthaft chronisch erkrankt war. Radio Pilatus hat dies souverän geschafft. Aber bei allen andern mir

zugänglichen Medien ist das Todesopfer «dem Virus erlegen». Diktiert da der «Blick», die «Bild-Zeitung», «RTL 2»? Oder die althehrwürdige «BaZ»? Die erfolgte Berichterstattung fördert Panikkäufe – bis Schutzmasken auch noch für Chirurgen fehlen oder Spitäler den Panikansturm nicht mehr bewältigen können, so dass die wirklich Bedürftigen zu kurz kommen.

Es gibt nämlich noch wirklich Erkrankte, beispielsweise Krebspatienten, auch in diesen Tagen, denen wir Ärzte die schwere Diagnose mitteilen müssen. Und Angehörige, die das tragische damit vorhandene Schicksal bewältigen müssen. All das geht vergessen im Corona-Hype. Und viele KMUs ächzen, weil solche «dem Virus erlegene Todesopfer» weitere Massnahmen zur Folge haben, die für viele Betriebe existenziell sein können. Oder haben die Medien im letztjährigen Winter etwa über das erste Grippe-Opfer berichtet? Eben. Höchste Zeit, dass die Medien wieder Verantwortung übernehmen. Verantwortung!

Dr. med. Marco Caimi, Basel

### Falscher Anreiz

Die wohltonende «Überbrückungsrente» ist ein falscher Anreiz: Sie veranlasst Arbeitgeber, ältere Arbeitnehmer erst recht zu entlassen, denn der Staat (Steuerzahler) trägt ja die Kosten. Die Rente ist ein Zückerchen des Bundesrates im Kampf gegen die vom Mainstream gefürchtete Begrenzungsinitiative. Man merkt die Absicht und ist verstimmt.

Alex Schneider, Küttigen AG

### Geburtenstopp

Nach offiziellen Angaben beherbergt die Erde derzeit 7,76 Milliarden Menschen. Noch vor 100 Jahren waren es rund zwei Milliarden Menschen. Die Überbevölkerung ist der Grund dafür, dass unser Ökosystem aus den Fugen geraten ist, dass Orkane und Überschwemmungen sich mit tödlichen Dürren und Bränden ablösen, und dass nicht enden wollende Flüchtlingsströme eine Perspektive suchen. Dazu kommen verstopfte Strassen, aggressive Menschen und Epidemien – und es drohen Kriege um Ressourcen. Auch Europa wird davon betroffen sein. Es ist höchste Zeit, dass wir unsere Vernunft gebrauchen und die einzig logische Lösung realisieren, nämlich einen einstweiligen globalen Geburtenstopp! Sonst wird die Realität unsere übelsten Horror-Vorstellungen bald übertreffen.

Achim Wolf, Mannheim BRD

### Bundesrätin Keller-Sutter auf Abwegen

Kürzlich hat Frau Keller-Sutter am Fernsehen gegen die Begrenzungsinitiative gewettert. Nach ihren Aussagen fällt bei einer Annahme die halbe Wirtschaft zusammen. Tatsache ist natürlich das Gegenteil: Die Massenzuwanderung schädigt unsere KMU massiv. Ein Ja zur Initiative bedeutet hingegen Hoffnung und eine gute Perspektive für unser Land.

Anna Martin, Yverdon-les-Bains VD



### Die Zauberer

Wer kennt sie nicht, die Illusionisten mit ihren Trickkisten, welche unmögliche Dinge Wirklichkeit werden lassen. Künstler dieser Gattung findet man nicht nur im Zirkus. Auch im Bundeshaus bemühen sich Politiker in dieser

Sparte. Natürlich würden sie sich niemals als Zauberer bezeichnen. Aber wer erinnert sich nicht an die Volksinitiative «gegen Masseneinwanderung» vom 9. Februar 2014, welche vom Volk angenommen wurde? Diese Initiative wurde ins pure Gegenteil umgesetzt. Wenn das keine Zauberei ist!

Wird bei einer Annahme der «Begrenzungsinitiative» am 19. Mai wieder zu ähnlichen Tricks gegriffen? Wird der Volksentscheid nochmals mit Füssen getreten? In dumpfer Erinnerung lässt sich erahnen, dass in Bern diesbezüglich bereits an Trickkisten geschreinert und gehämmert wird. Werden sich unsere «Volksvertreter» wieder als Zauberer beweisen, oder sind sie sich ihrer demokratischen Verantwortung inzwischen bewusst? Nehmen sie den Eid auf die Verfassung diesmal ernst, oder muss der sprichwörtliche Krug zum Brunnen gehen, bis er bricht?

Peter Schnyder, Ennenda

## Bundesgericht: Desillusionsanstalt der Rechtsprechung?



Provokant-rhetorische Frage: Wer in unserem Land macht die Gesetze: Volk und Parlament – oder eine Handvoll hochkarätiger Berufsjuristen, die unter Einbringung der privaten Meinung bei gleichzeitigem Ausschluss der «vox populi» unsere Gesetzgebung gestalten?

1998 beantragt ein Kosovare, heute 53, die Aufenthaltsbewilligung, erhält sie und findet Arbeit. Rasch erleidet er einen Arbeitsunfall und lebt seitdem vom Sozialamt. Zudem verhindern psychische Probleme die Arbeitsaufnahme permanent. Seine Ehefrau im fernen Kosovo sieht keine Veranlassung, den Gatten zu unterstützen und bleibt im Kosovo. Sie findet, er sei hier gut aufgehoben mit Sozialamtsgeld samt Ergänzungsleistungen. Das Ehepaar führt also 22 Jahre lang eine Fernbeziehung. Riecht das nach Sozialmissbrauch? Ja!

Neu stellt der Kosovare Antrag auf Familiennachzug; auch die Ehefrau möchte hier versorgt werden. Die Ämter lehnen dies unter Hinweis auf geltendes Recht ab. Prompt marschiert der Kosovare nun kostenträchtig durch alle Instanzen, verliert jeden Prozess und landet vor Bundesgericht. Dort kommt es zum Eklat. Auf geltendes Recht beharrend, plädieren die zwei

Bundesrichter Thomas Stadelmann, CVP, und Martin Seiler, SVP, für eine Abweisung der Kosovarin, die ja 22 Jahre gut ohne den Gatten ausgekommen war – und umgekehrt!

Nun der Eklat am Bundesgericht: «Das reicht!» ruft Bundesrichter Andreas Zünd, SP, mitten im Vortrag seines Richterkollegen Thomas Stadelmann, als dieser seine Entscheidung begründet, das Gesuch um Familiennachzug abzuweisen. Die Bundesrichterin Florence Aubrey, Grüne, fordert gar, man möge «Stadelmann stoppen». Überraschend plädiert auch Bundesrichter Yves Donzallaz, SVP (!) dafür, die Kosovarin einreisen zu lassen. Mit 3:2 Stimmen verlieren also ausgerechnet jene zwei Bundesrichter, die sich an geltendes Recht halten.

Der Bürger, der den Zinnober finanziert, fragt sich (siehe oben): Wer macht hierzulande die Gesetze? Volk und Parlament, oder eine Handvoll humanitätsverwirrter Juristen, die geltendes Recht negieren, um ihre ureigene Politüberzeugung durchzusetzen? Meine Schlussfrage: Mutiert das Bundesgericht zur Desillusionsanstalt der Rechtsprechung, oder positioniert sich hier politische Justiz in ihrer fragwürdigsten Form?

Charly Pichler

pichler@thurweb.ch

**Selbstmakler.ch** - Ihr Portal für Verkauf und Vermietung von Liegenschaften!

E-MAILVERSAND · GENERIERT  
VERMITTLUNG · STATISTIK  
KUNDENTRACKING  
MAKLERCOCKPIT  
VORLAGEN  
ERKLÄRVIDE  
EXPORT  
SCHNELL

Export zu Immobilienportalen

Selbstmakler.ch hat für jeden etwas dabei.

Versuchen Sie es selbst oder beauftragen Sie uns.

Gerne berate ich Sie persönlich  
Nicole Kaufmann  
043 433 55 55  
n.kaufmann@immosoft-ag.ch

einfache und schnelle Vermittlung zwischen Käufer und Verkäufer

kostenlose Schnellbewertung

## ... dann hast Du in der Not

Die Welt blicke auf ein Jahrzehnt nie dagewesener Hochkonjunktur zurück. Das erzählen wenigstens jene «Experten», die an unseren Massenmedien zu Wort kommen.

### Wo sind die Reserven?

Wären die Wirtschaftserfolge so bombastisch ausgefallen, wie das von den Medien gepriesen wird, dann müssten – sollte man annehmen dürfen – auch alle «Vorratsspeicher» prall gefüllt sein. Dann hätten für sämtliche Wirtschaftszweige, für sämtliche Bedürfnisse, für sämtliche Notfälle Reserven zuhauf angelegt werden können, auf dass die Menschheit, sollten Wirtschaftseinbrüche Tatsache werden, auftretende Lücken aus den Reserven auffüllen könnte.

Genauso, wie zu Konjunkturschwankungen schon die Bibel gültige Antworten formulierte: Nach sieben fetten könnten sieben magere Jahre folgen. Woraus das als «altmodisch» verlachte Sprichwort «Spare in der Zeit, so hast Du in der Not» entstand.

**Akzent**

Eine Notlage zeichnet sich jetzt – nach zehn Jahren beispielloser Hochkonjunktur – offensichtlich ab. Kaum wurde dies klar, fehlte bald schon Nötigstes: Medikamente einerseits, unabdingbare Zutaten für die Selbstanfertigung von Medikamenten im eigenen Land andererseits. Zwar kann aus digital organisierten Produktions-Netzwerken sofort erfasst werden, wer was «just in time» zu liefern hätte. Er liefert aber nicht. Und ganzen Lieferketten für industrielle Produktion, die Millionen Arbeitskräfte zu beschäftigen, Millionen Familien zu ernähren hätte, droht nach wenigen Tagen der Krise bereits der Stillstand. Digitale Netzwerküberwachung scheint am Anschlag zu sein.

### Geld

Ist wenigstens Geld vorhanden, dass dringendst Benötigtes – wenn allenfalls auch zu überhöhten Preisen – dort, wo es noch vorhanden ist, schleunigst eingekauft werden kann? Bombastische, milliardenverschlingende Ankündigungen erfolgen zwar täglich. Allerdings nicht für

Einkäufe, sondern für Investitionsprogramme. Italien – höchstüberschuldetes EU-Land – verspricht Corona-geschädigten Betrieben Milliarden. Und EU-Chefin von der Leyen will Billionen (!) investieren – für den Green Deal, für Digitalisierung, für Corona-geschädigte Betriebe.

Nicht ausgesprochen wird das Hauptziel dieser Ankündigungen: Die in der EU geltende, noch nie wirklich eingehaltene Überschuldungs-Bremse soll im Blick auf als dringlichst Erklärtes vollends liquidiert werden. Auf dass Frau Lagardes EU-Zentralbank erneut unendlich viele Billionen aus dem Nichts per Druckmaschine in die Welt schleudern kann.

Von Reserven keine Spur! Alles soll mittels noch weit skrupelloserer Verschuldung als bisher auf die Schnelle finanziert werden. Was damit zerrüttet wird, das ist der Geldwert, der eigentlich jedem Einzelnen seine Existenz zu sichern hätte.

### Ohne Budget

Mit der Milliarden-Orgie, in der Brüssel seit dem Amtsantritt von der Leyens badet, soll wohl verdeckt werden, dass dieses Brüssel fürs laufende Jahr noch nicht einmal ein Budget zustande gebracht hat – obwohl bald ein Viertel des Jahres vorbei ist. Englands nicht mehr eingehender Beitrag wirft Brüssel finanziell aus dem Gleis.

Der eigentliche Verursacher der grenzenlosen Überschuldung wird auch heute nicht einmal angesprochen. Es ist sowohl zu Brüssel als auch in den dem Brüsseler Zentralismus angeschlossenen EU-Mitgliedstaaten der laufend und immer stärker auswuchernde Funktionsapparat. Europa fällt gegenüber den USA und Fernost wirtschaftlich deshalb immer weiter zurück, weil es sich eine Funktionsbürokratie leistet, die niemand – vor allem kein Parlament – kontrolliert. Diese Bürokratie hat in den guten letzten zehn Jahren ausgiebig dafür gesorgt, dass jeder erzielte Mehrertrag keineswegs der Reserve-Bildung, vielmehr und allein der Bürokratie-Auswucherung zugutekam. Dieser auswuchernde, sich jeglicher gesetzlichen Kontrolle entziehende Bürokratismus ist es, der Europas Wirtschaft leiden lässt, der die Menschen in Europa leiden lässt.

Dennoch gibt es selbst hierzulande Aktivisten, vor allem Funktionäre des Staates sowie der Wirtschaftsverbände von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die auch die Schweiz noch dieser sich so hemmungslos selbst begünstigenden EU-Funktionsbürokratie unterwerfen wollen. Auf dass wir den Beitrag zu bluten hätten, der aus London nicht mehr nach Brüssel fliesst.

Wer an solche Forderung heute auch nur denkt, scheint nicht nur der materiellen, vielmehr auch der geistigen Versorgung zu entbehren.

us

**ZANETTI**  
CH-7742 POSCHIAVO  
Telefon 081 844 09 08  
Telefax 081 844 10 20  
Mail: info@zanettispecialita.ch  
www.zanettispecialita.ch

Filiale Bahnhof Chur  
(nur 1 Minute vom  
Billettschalter entfernt)  
Telefon 081 253 60 60

Jetzt Broschüre  
kostenlos bestel-  
len und verteilen.



Ständerat Thomas Minder sagt **Ja zur Begrenzungsinitiative**. Sein Votum im Ständerat vom 9. Dezember 2019 bringt die Sache auf den Punkt:

«Wie viele Menschen wollen wir überhaupt in unserem Land? Ich stelle diese Frage ganz konkret: Wollen wir 3 Millionen Ausländer?»

Die Broschüre «Ein Weckruf» schafft Klarheit.

**Kostenlos bestellen:**

AUNS, Postfach, 3000 Bern 31

Telefon 031 356 27 27, [aktion@auns.ch](mailto:aktion@auns.ch)



[www.auns.ch](http://www.auns.ch)

[www.randvoll.ch](http://www.randvoll.ch)

Anzahl Broschüre \_\_\_\_\_

Vorname/Name \_\_\_\_\_

Adresse \_\_\_\_\_

Postfach \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

E-mail \_\_\_\_\_

## Erkrankte Finanzmärkte



Das Corona-Virus hat die Finanzmärkte im Griff: Die US-Notenbank FED hat am 3. März 2020 den Leitzins aufgrund der corona-bedingten Marktverunsicherung um einen halben Prozentpunkt gesenkt. Die Chefin der Europäischen Zentralbank (EZB), Christine Lagarde, überlegt sich öffentlich, «angemessene und gezielte Massnahmen zu ergreifen» zur Eindämmung der wirtschaftlichen Auswirkungen des Corona-Virus. Die erfolgten oder angedachten stimulierenden Interventionen der Zentralbanken sind massiv, obwohl die Gesamtwirtschaft zumindest jetzt noch gut läuft. Die Ereignisse verdeutlichen, wie etabliert die seit der Finanzkrise zunächst notfallmässig praktizierte neue Rollenverteilung zwischen Politik, Wirtschaft und Nationalbanken geworden ist.

Nach herkömmlicher Auffassung haben die Nationalbanken das primäre Ziel, die Preis- und Geldwertstabilität zu gewährleisten. Deshalb ist die Unabhängigkeit der Nationalbanken von der Politik auch wichtig. Seit der Finanzkrise agieren Nationalbanken zusehends als Konjunkturförderstellen, sei es mit Negativ- oder Nullzinsraten oder dem Ankauf von Wertpapieren.

## Unzensuriert

Dieses süsse Gift des leichten Geldes kann aber leicht zur Abhängigkeit führen. Politiker scheinen sich bereits an die bequeme Vorstellung gewöhnt zu haben, die Nationalbank werde mit Geldschwemmen die Konjunktur stimulieren. Die Nationalbanken wiederum scheinen nicht immer über die nötige Selbstdisziplin zu verfügen, um der Gier von Finanzmärkten und Politikern nach leichtem Geld zu widerstehen. So forderte US-Präsident Donald Trump Anfang März die Nationalbank offen zu einer «starken» Zinssenkung auf. Einen Tag später gab die FED ihre Zinssenkung von 0,5 Prozentpunkten bekannt.

Die Nationalbanken haben in guten Zeiten die Zinsschraube nicht oder nur wenig angezogen. Bei befürchteten konjunkturellen Einbrüchen bleibt Notenbankern nun für eine Intervention nur die Möglichkeit einer noch grösseren Geldschwemme. Diese Geldpolitik der dauerhaften Stimulierung behindert ökonomisch erforderliche Strukturbereinigungen. Sparer werden kalt enteignet, und neue ökonomische Blasen drohen zu entstehen, etwa am Immobilien- und Aktienmarkt. Auch die Finanzkrise 2008 hatte ihren Anfang in einer Immobilienblase. Dies vor allem, weil die US-Politik Hauskäufe künstlich gefördert hat.

*Patrick Freudiger*



SUBARU HYBRID TECHNOLOGY



**SUBARU**  
Confidence in Motion



**Neu: Subaru XV e-BOXER 4x4.**  
**Ganz neu: Forester e-BOXER 4x4.**



**Emil Frey AG**  
emilfrey.ch

## Peter Spuhler, quo vadis?

Der öffentliche Nein von Peter Spuhler zur Begrenzungsinitiative wirkt irgendwie krampfhaft «mainstreamkonform». Wahrscheinlich wurde er von der freisinnigen Wirtschaftslobby, von Economiesuisse, Swissmem, dem Arbeitgeberverband und seinen kreditgebenden Banken bearbeitet. Dass ihm das Gedeihen seiner Firma am Herzen liegt, ist verständlich. Spuhler befürchtet, dass seine Partei «die Bilateralen an die Wand fahren» würde. Ich bitte ihn: Denken Sie doch einen Schritt weiter! Angenommen, die Begrenzungsinitiative wird am 17. Mai abgelehnt. Das Resultat würde umgehend als Pro-EU-Signal des Schweizervolkes ausgeschlachtet, und das sogenannte «Institutionelle Abkommen» (InstA) würde rasch vorangetrieben. Und Sie glauben doch selbst nicht, dass die «Bilateralen» bei Annahme der Begrenzungsinitiative «an die Wand gefahren» würden!

Hingegen ist klar, dass der bilaterale Weg mit dem InstA, dem Unterwerfungsvertrag gegenüber der EU, beendet würde. Es gäbe nur noch Befehle aus Brüssel, und unser Land würde der Kompetenz beraubt, eigenständig neue Freihandelsverträge abzuschliessen. Auch alle bestehenden Freihandelsverträge müssten «modernisiert», d.h. den EU-Normen angepasst werden. Es kann doch nicht das Ziel von Peter Spuhler sein, neue EU-Regeln bis zum Ende unserer Selbständigkeit einzuführen! Wann erkennt unser Stimmvolk endlich, welche Kreise seine Selbstbestimmung ohne Gegenleistung an eine diktatorisch regierte Oligarchie verschleudern möchten?

Robert Nieth, Walchwil ZG

## «Es sagte» ... Wettbewerb

Von welcher Persönlichkeit stammt die folgende Aussage?

**«< ALLES, WAS DIE SOZIALISTEN VOM GELD VERSTEHEN, IST DIE TATSACHE, DASS SIE ES VON ANDEREN HABEN WOLLEN. >>**

- A** von Deutschlands erstem Nachkriegs-Bundeskanzler Konrad Adenauer?
- B** vom einstigen Ministerpräsidenten Bayerns, Franz Josef Strauss?
- C** vom seinerzeitigen Kämpfer gegen subversive Linke, dem Zürcher Nationalrat Ernst Cincera?
- D** vom streitbaren ehemaligen Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbands, dem Berner Nationalrat Otto Fischer?

Ihre Antwort senden Sie bis spätestens am 17. März 2020 an:

E-Mail: info@schweizerzeit.ch | Fax: 052 301 31 03  
Post: «Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach

Die richtige Antwort lesen Sie in der SZ Nr. 6/2020 vom 27. März 2020.

## Klimasekte – bald gewalttätig?



Die sogenannte Klimajugend radikalisiert sich zusehends. Es wird immer klarer: Es handelt sich nicht um eine gesellschaftliche Bewegung, sondern um eine radikale Klimasekte. Ihre Anhänger glauben an den baldigen Weltuntergang und flehen um Erlösung. Gleichzeitig drohen sie den politischen Vertretern ganz offen: «Letzte Chance – handeln statt hoffen! Bei Nichterfüllung dieser Forderung werden wir zu friedlichen, aber drastischeren Mitteln greifen.» Das Ultimatum ist der 31. August.

Wie diese Drohgeschichte ausgehen wird, ist naheliegend: Wer an den baldigen Weltuntergang glaubt, kann unmöglich mit realistischen Massnahmen abgeholt werden. Denn jede Aktion wird zu wenig weit gehen, um die eigene Wahnvorstellung befriedigen zu können. Daran werden auch «friedliche, aber drastische» Gegenmassnahmen nichts ändern. Und was kommt danach? Der Irrglaube an den baldigen Weltuntergang wird in der nächsten Eskalationsstufe «drastische und gewalttätige» Mittel als gerechtfertigt erscheinen lassen.

## Hinter feindlichen Linien

Dass die radikale Klimasekte keinen Bezug zur Realität hat, zeigt sich auch in der masslosen Zuwanderung. In den letzten 13 Jahren haben sich über eine Million Ausländer dauerhaft in unser kleines Land gedrängt. Dadurch sind 407 Millionen m<sup>2</sup> Fläche zusätzlich beansprucht, überbaut oder zubetoniert worden. Über 540'000 Autos sind hierzulande zusätzlich unterwegs. Deshalb sind viele Strassen tagtäglich verstopft. Die Millionen zusätzlicher Staustunden verursachen riesige Mengen Abgase. Die Masseneinwanderung bringt Beton, Schmutz und Umweltzerstörung. Doch diese Missstände blendet die radikale Klimasekte vollständig aus. Obwohl die Lebensqualität in unserem Land laufend sinkt.

Aber unsere Schweiz ist noch nicht verloren. Am 17. Mai stimmen wir über die Begrenzungs-Initiative (BGI) ab. Das ist unsere letzte Möglichkeit, die zerstörerische Masseneinwanderung endlich zu stoppen. Zu viel ist zu viel. Unser Land braucht uns jetzt! Wir müssen ab sofort alle Kräfte für ein Ja zu einer massvollen Zuwanderung mobilisieren.

Samuel Balsiger

Samuel Balsiger ist Gemeinderat in der Stadt Zürich. In seiner monatlich erscheinenden Kolumne berichtet er über die Irrungen der linken Politik.

Die deutsche Sprache als absurdes Minenfeld

# Ich gendere, also bin ich

von Marco Caimi, Dr. med., Kabarettist, Basel

**Obschon wir schon genug Unfrieden und Kriegsgefahr auf diesem blauen Planeten haben, werden sich die Geschlechter auch im Jahr 2020 sinnlos weiter bekämpfen. Die Hauptwaffe dazu ist das «Gender Mainstreaming», welches als Leitprinzip längst in Politik und vor allem Gesellschaft eingedrungen ist.**



Die Gender-Ideologie, dass Männer und Frauen, Jungen und Mädchen nicht biologisch-anatomisch bedingt, sondern lediglich soziale Konstrukte sind, wird den Bürgern als notwendige Massnahme verkauft (und massiv staatlich alimentiert, um angeblich geschlechtsbedingte Ungerechtigkeiten zu eliminieren). Ein entscheidendes Kampfgebiet,

ja Minenfeld, des gesellschaftlichen Transformationsversuches ist die deutsche Sprache.

Gender Mainstreaming hat aber mit Frauenförderung im eigentlichen Sinn nichts zu tun, sondern zielt auf erhebliche systemgesellschaftliche Veränderungen ab. Vergleichbar mit der ganzen kindermisshandelnden Klimabewegung, die nichts mit der Verminderung der Erderwärmung zu tun hat, sondern auf einen massiven politisch-wirtschaftlichen Systemwechsel abzielt.

Propagandisten der sogenannten «feministischen Sprachkritik» machen seit den späten 1960er und 70er-Jahren geltend, dass die «Vormachtstellung des Mannes in der Gesellschaft auch in Struktur und Wortschatz einer Sprache zum Ausdruck kommt». Daraus entwickelten sich in den frühen 1980er die «Richtlinien zur Vermeidung sexistischen Sprachgebrauchs». Eine Saat, die nun in einer sprachverhunzenden «Ernte» aufgeht.

## Sprachverstümmelung

Die Sprache ist per se das wichtigste Instrument, um unser Denken zu beeinflussen – und zu lenken. Da kann es nicht überraschen, dass auch die Etablierung einer «gendergerechten» Sprache ein wichtiges Propagandamittel ist. Seither ist eine Armada von selbsternannten «Genderforschern» auf und an «Genderlehrstühlen» (die man auch mit zwei «e» schreiben könnte ...), damit beschäftigt – selbstverständlich mit dem Geld der Steuerzahler – diesen Unterbau für eine radikale gesellschaftliche Transformation bereit zu stellen. Unermüdlich wird von Seiten jener, die diese Sprachverstümmelungen befürworten, in einer masslosen Selbstgewissheit eine sprachpolitische Agenda verfolgt.

Dass dieser ideologische Eingriff aus linguistischer Sicht mehr als überflüssig erscheint, ist unbestreitbar, da die Sprachwissenschaft seit jeher zwischen generischem und biologischen Geschlecht unterscheidet. Demnach sind im generischen Maskulinum zum Beispiel mit «Bürger» immer auch die Bürgerinnen gemeint, mit Studenten auch die Studentinnen. Zudem stellt die deutsche Sprache nicht ausschliesslich die männliche Form in den Vordergrund. Es heisst zwar «Vaterland», aber auch «Muttersprache». Das Wort «Tochterunternehmen» durfte, bis dato zumindest, unbeanstandet verwendet werden, genauso wie «Muttergesellschaft».

Das angeführte Argument, die «ungegenderte» (!) deutsche Sprache sei eine der Ursachen für Sexismus und Frauenbenachteiligung in unserer Gesellschaft, widerlegen Sprachkritiker damit, dass es in vielen Sprachen, wie etwa dem Türkischen, gar keine grammatikalischen Mittel gäbe, um einen Geschlechtsunterschied zu bezeichnen. Trotzdem werden in den Gesellschaften, in denen diese Sprachen gesprochen werden, tatsächlich und zum Teil erheblich Frauen wegen ihres Geschlechts benachteiligt. In Deutschland, Österreich oder der Schweiz lebt eine Gesellschaft, in der trotz einer angeblich noch zu wenig gegenderten Sprache weitgehend Gleichberechtigung herrscht.

## Hannover und Lübeck

An die Spitze des Gender-Irrsinns setzte sich Hannover, letztes Jahr noch von der SPD regiert. Im Januar 2019 wurde die städtische Verwaltung mit ihren rund 1'100 Mitarbeitern dazu verdonnert, der neuen «Empfehlung für eine geschlechtsgerechte Verwaltungs-



Schweizer Werte  
in der Vermögensverwaltung  
seit 1983

Ihr Ansprechpartner Markus Müller informiert Sie über alle Möglichkeiten und berät Sie gerne.

Tel: 041 725 35 45

Email: markus.mueller@mpmswiss.com

KOMPETENT, UNABHÄNGIG, ERFOLGREICH

MPM SWISS AG · Riedstrasse 11 · 6330 Cham · www.mpmswiss.com

sprache» zu folgen. Unter dem Totschlag-Argument «Vielfalt» sah es der damalige SPD-Oberbürgermeister Stefan Schostok, der sich nach einer Anklage wegen des Vorwurfs der Untreue im Mai 2019 in den Ruhestand versetzen liess und durch den Grünen-Funktionär Belit Onay ersetzt wurde, als seine Pflicht an, ein «Signal» zu setzen und «alle Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht anzusprechen».

Was geschah? In Hannover, der niedersächsischen Hauptstadt, ist die Behörden- und Amtssprache geschlechtslos geworden. Im Verwaltungsschriftverk – *er* resp. im Verwaltungsschriftverk – *sie* gibt es keine Ansprechpartner mehr, man spricht also keinen Mann oder keine Frau mehr an, sondern etwas Geschlechtsloses, also einen Geschlechtslosen oder eine Geschlechtslose.

Wahrscheinlich gibt es auch den Hannoveraner, eine Pferderasse, nicht mehr. Ab sofort ist der Hannoveraner kein Pferd mehr, sondern ein Esel, resp. Maultier resp. Maultier\*\_MaultierIn. Und Hannover 96 ist per Ende Saison aus der Bundesliga zu entfernen und in die noch zu gründende Transenliga einzugliedern, mit oder ohne Glied\*\_GliedIn. Alex Frei wusste, warum er dort nicht Trainer wird. Da wäre selbst ihm die Spucke weggeblieben.

#### Thomas Mann hätte sich geschämt

Lübeck, die einst stolze Hansestadt, ging noch einen Schritt weiter: Unter Oberbürgermeister Jan Lindena (SPD) kann Lübeck mit einer Besonderheit aufwarten – dem Gender-Doppelpunkt. Aus Mitarbeiter werden nicht einfach Mitarbeitende, sondern Mitarbeiter:innen etc. Die dadurch erklimmte nächste Stufe des «Gender-Irrsinns» scheint nun das Fass zum Überlaufen gebracht zu haben. Der Verein Deutsche Sprache (VDS) hat den Lübecker Staatsbediensteten Prozesskostenhilfe angeboten, sollten sich diese über den neuen Gender-Leitfaden der Stadt hinwegsetzen. «Thomas Mann hätte sich für seine Heimatstadt geschämt», meint Walter Krämer, Vorsitzender des VDS. «Die Stadt Lübeck setzt sich über amtliche Regeln der deutschen Rechtschreibung hinweg und macht sich

die Welt, wie sie ihr gefällt», so die harsche Kritik der Sprachhüter. «Macht sich die Welt so, wie sie ihr gefällt?» Das ist doch Pippi Langstrumpf – oder? Da war doch auch was? Ah genau, in den neuen Ausgaben wurde der Negerkönig durch den Südsee-König ersetzt. Wahrscheinlich ist der total Diversity, also gelbschwarzweissrot und schippert mit einem Elektroboot powered by Tesla durch die Südsee.

Dass sich ein kleiner Rest gesunden Menschenverstandes bewahren lässt, zeigte «La France» vor drei Jahren. Damals stoppte Premierminister Edouard Philippe den Genderwahn und verfügte 2017 für alle Behörden, dass sie gendersensible Schreibweisen nicht mehr benutzen dürfen. Gut so!

Marco Caimi



### Das Büro Ha deckt auf!



Kleine Frage an die Grün\*Innen: Ende Februar sollten die ersten Zugvögel vorbeiziehen. Einige machen da und dort normalerweise einen «Marschhalt». Nicht bis jetzt. Wo sind sie geblieben? Die Artenvielfalt in diesem Winter war zum dritten Mal in Folge sehr bescheiden. Die Amseln sind zu 90 Prozent verschwunden, ebenso die Singdrosseln. Und es werden noch weniger kommen, weil an den Küsten des Mittelmeeres Millionen von Zugvögel gefangen und verspeist werden. Was haben die grünen Schnapsdrosseln dagegen unternommen, die EU-Turbo-Schnorrer? Nichts.

\*

Warum erreichen die Finnen im PISA-Test bessere Resultate als die Eidgenossen? Ganz einfach: Dort gibt es keine Klassen mit nur einem einzigen Finnen. Dort gibt es keine Masseneinwanderung. Deshalb können die Finnen auf einem ganz anderen «Nivoo» Schulunterricht halten. Und erst noch ohne Lehrplan 21 und untaugliche Lehrmittel. Dafür aber mit klaren Zielen, mit Prüfungen und Noten. Bisher ist noch niemand nach Finnland gereist, um sich das anzusehen ...

Tis Hagmann

GOAL GLOSSAR

emotional

emotional

<lat.> emovere – «erschüttern», «aufwühlen»

<lat.> emotio – «starke (innere) Bewegung»

Sollen Plakatkampagnen erfolgreich sein, müssen diese vom Betrachter wahrgenommen werden und etwas auslösen, ihn «erschüttern», damit er dann entsprechend handelt, wählt oder abstimmt. Deswegen gestalten wir für unsere Kunden emotionale Kampagnen.

Wir freuen uns auf Sie!  
Alexander Segert, Geschäftsführer  
Tel. 043 499 24 00  
info@goal.ch, www.goal.ch

GOAL

AG für Werbung und Public Relations

Wir wollen Ihren Erfolg

Düstere Visionen in Europa

# Islamisierung gefährdet Juden

von Torsten Gross, Journalist und Buchautor, Düsseldorf BRD

Am 3. Dezember 2019 hat die französische Nationalversammlung eine Resolution gegen den auch in Frankreich grassierenden Antisemitismus verabschiedet. Der französisch-israelische Abgeordnete Meyer Habib wies in seinem flammenden Plädoyer darauf hin, seit 2006 seien zwölf französische Staatsbürger in Frankreich ermordet worden, weil sie jüdischen Glaubens waren. Die Hälfte aller rassistischen Straftaten im Land richtete sich gegen Juden, obwohl diese weniger als ein Prozent der Bevölkerung ausmachen. Scharfe Kritik übte der Abgeordnete an der zwangshaften Dämonisierung Israels, die im Gewand des Antizionismus daherkomme.



Am Ende der leidenschaftlichen Debatte stimmten 154 Parlamentarier für den Entschliessungsantrag, 72 waren dagegen. Was nach einem klaren Votum gegen Antisemitismus aussieht, relativiert sich deutlich, wenn man berücksichtigt, dass die französische Nationalversammlung 577 Mitglieder zählt. Die Resolution

wurde also nur angenommen, weil sich die meisten Abgeordneten der Stimme enthielten. Die Entschliessung hat kaum Aussicht, Gesetzeskraft zu erlangen und wird deshalb ohne praktische Konsequenzen bleiben.

## Zumeist Opfer von muslimischen Tätern

Ein beschämendes Ergebnis, das bezeichnend ist für die abnehmende politische Bereitschaft in Frankreich, sich offensiv gegen Judenhass und antisemitisch motivierte Kritik an Israel zu positionieren. Ähnlich wie in Deutschland wird Antisemitismus nur dann thematisiert und bekämpft, wenn er von der radikalen Rechten ausgeht. Dabei waren die allermeisten Juden, die seit 2006 in Frankreich angegriffen oder getötet wurden, Opfer von muslimischen Tätern. Ausserdem ist ein Anwachsen des Antisemitismus von linkspolitischer Seite zu beobachten, die vor allem den Staat Israel wegen seines angeblich ungerechten Umgangs mit den Palästinensern ins Visier nimmt.

In dasselbe Horn stösst auch die offizielle französische Politik. Wenn israelische Bürger Opfer von Angriffen arabischer Terrororganisationen wie der Hamas werden, wird das zwar von der Regierung in Paris bedauert, jedoch regelmässig mit dem Hinweis garniert, dass Israel «palästinensische Gebiete», wie Ost-Jerusalem und das Westjordanland, widerrechtlich besetzt habe. Im Klartext: Israel sei eigentlich selbst schuld, wenn Extremisten Anschläge verüben und jüdische Bürger töten. So erscheinen die Opfer in der öffentlichen Wahrnehmung als Täter.

Dazu passt, dass die französische Regierung unter Präsident Macron offen auf Konfrontationskurs mit der israelfreundlichen Politik von US-Präsident Donald Trump geht. Als der amerikanische Aussenminister

Mike Pompeo Mitte November den Siedlungsbau Israels als «nicht per se unvereinbar mit internationalem Recht» bezeichnete, reagierte Paris sofort mit der Erklärung, dass «die israelische Kolonisierungspolitik in den besetzten palästinensischen Gebieten nach dem humanitären Völkerrecht illegal» sei. Zudem wurde betont, dass Frankreich «der Freund Palästinas» sei und sich für «die Schaffung eines palästinensischen Staates mit Jerusalem als Hauptstadt» einsetze.

## Rasante Zunahme der Muslime in Frankreich

Die einseitige Parteinahme von Politik und Medien in Frankreich zugunsten der arabischen Palästinenser ist vor allem der Tatsache geschuldet, dass dort die Zahl der Muslime rasant steigt. Sie wird von Experten auf bis zu neun Millionen Personen geschätzt, was bei etwas über 60 Millionen Einwohnern einem Bevölkerungsanteil von 15 Prozent entspricht. Weil jedes in Frankreich geborene Kind unabhängig von der Nationalität seiner Eltern automatisch die französische Staatsbürgerschaft erhält (ius solis-Prinzip), besitzen die meisten Muslime das Wahlrecht. Für die Politik handelt es sich also um eine relevante Zielgruppe. Juden hingegen stellen in Frankreich gerade einmal 0,6 Prozent der Einwohnerschaft und sind deshalb als machtpolitischer Faktor zu vernachlässigen – so das Kalkül der Parteien.

## Zunehmende Islamisierung auch in Deutschland

Auch in der Bundesrepublik mit derzeit 4,7 Millionen Muslimen (5,7 Prozent) schreitet die Islamisierung rasch voran, befeuert durch CDU-Bundeskanzlerin



«Schweizerzeit»-Special  
Fr. 2499.00

A3-Farbkopierer, -Scanner,  
-Drucker und -Telefax

inkl. Original-Einzug  
2 Kassetten, Stapel-Einzug  
Unterschrank, TOP-Qualität  
dank 1200 dpi, Duplex,  
Netzwerk, USB 2.0  
automat. Hefter, Air-Print  
Super Touch-Display, farbig  
**3 Jahre Vor-Ort-Garantie**

OCotex AG – 041 799 50 00

Angela Merkels irrwitzige Öffnung der deutschen Grenzen für sogenannte «Flüchtlinge», bei denen es sich überwiegend um junge Männer aus dem islamischen Kulturkreis handelt. Auf dem Höhepunkt der Krise im Jahr 2015 zählten rund 70 Prozent der Asylbewerber zu dieser Gruppe! Wissenschaftler gehen davon aus, dass Muslime im Jahr 2050 zwischen 8,7 und 20 Prozent der Einwohner Deutschlands stellen werden – je nachdem, wie gross der Zuzug von Migranten aus islamisch geprägten Regionen des Nahen Ostens und Afrikas in den kommenden Jahren sein wird. Welche Konsequenzen dies für Politik und Gesellschaft, aber auch das jüdische Leben haben wird, kann man sich unschwer ausmalen.

### Alle Länder Europas sind betroffen

Der wachsende Antisemitismus als Folge der fortschreitenden Islamisierung trifft in unterschiedlicher Ausprägung alle Länder Europas. Prof. Joel Kotkin von der Chapman University in Kalifornien, ein international anerkannter Experte für politische und sozio-ökonomische Trends, äussert die Befürchtung, dass sich der Hass auf Juden und Vorurteile gegen den Staat Israel in Europa weiter ausbreiten werden, was im Ergebnis das Ende der jüdischen Präsenz auf dem Kontinent bedeuten könnte.

Kotkin wörtlich: «Nach der Zerstörung des Zweiten Tempels und dem Beginn der Diaspora war Europa für Jahrtausende die Heimat für die Mehrheit der Juden auf der Welt. Dieses Kapitel der Geschichte ist vorbei. Der Kontinent entwickelt sich schnell zu einem Land jüdischer Geisterstädte und Friedhöfe, in dem die wenigen verbliebenen Juden entweder ein umkämpftes Dasein akzeptieren oder sich auf die Auswanderung vorbereiten müssen.» Kotkin überschreibt seinen Beitrag in bewusster Anspielung auf die verbrecherischen Ziele der Nationalsozialisten mit «Judenreines Europa». Eine gerade aus deutscher Sicht düstere Vision!

Torsten Gross

Die Grundlage der Demokratie ist die Volkssouveränität und nicht die Herrschaftsgewalt eines obrigkeitlichen Staates.



Nicht der Bürger steht im Gehorsamsverhältnis zur Regierung, sondern die Regierung ist dem Bürger im Rahmen der Gesetze verantwortlich für ihr Handeln. Der Bürger hat das Recht und die Pflicht, die Regierung zur Ordnung zu rufen, wenn er glaubt, dass sie demokratische Rechte missachtet.

Gustav Heinemann 1899–1976, Bundespräsident 1969–1974

## «Tötet sie, wo ihr sie trefft»

Grundsätzlich werden im Koran alle «Ungläubigen» verflucht: «Allah ist ein Feind aller Ungläubigen.» (Sure 2,98). Der Koran ist durchsetzt mit extrem judenfeindlichen Stereotypen. Die Juden erscheinen als böswillige und niederträchtige Charaktere. Sie werden als Kriegstreiber für alle Missetaten auf Erden verantwortlich gemacht und zudem als «Affen» und «Schweine» verflucht. (Anm. der Red. – Letzteres ist auch in palästinensischen Schulbüchern der Fall, die von der Uno und damit auch von der Schweiz mitfinanziert werden). Die Muslime sind deshalb zur Verfolgung aller Juden aufgerufen: «Kämpfet wider jene, bis sie erniedrigt sind und den Tribut entrichten.» (Sure 9, 29)

Der Islam ist eine Kriegerreligion, die nur Vernichtung und Unterwerfung kennt. Im Grunde genommen ist er eine politische Religion, eine totalitäre, antisemitische Ideologie. Die Muslime müssen alle andern Religionen und Kulturen bekämpfen, der Djihad, der «Heilige Krieg», ist ihre höchste Pflicht. Die Märtyrer des Djihad kommen direkt ins Paradies, während den Muslimen, die sich dem Djihad verweigern, «Höllenstrafen» drohen.

Solange die Muslime eine Minderheit in einem nicht-muslimischen Land sind, darf es keinen offensiv militanten Djihad geben. Sind die Muslime jedoch zu einem relevanten Teil der Bevölkerung angewachsen, müssen sie sich für den bevorstehenden Kampf rüsten: «Und rüstet gegen sie, so viel ihr vermöget an Mann und Pferd, um Allahs Feinde zu bedrohen.» (Sure 8, 60)

Die rasant fortschreitende Islamisierung vieler europäischer Gesellschaften führt zu einer Zunahme von Parallelgesellschaften und wird aus diesen Gründen eine Integration eher verhindern. Diese religiöse Abschottung ist eine ideale Voraussetzung für den politischen Islam und damit für den islamischen Antisemitismus.

Der «moderne» islamische Antisemitismus bildet jedoch nur die Speerspitze gegen eine weitgehend säkulare Welt: Der politische Islam sieht sich in einem globalen apokalyptischen Kampf gegen die «Mächte der Finsternis»; der «Heilige Krieg» rechtfertigt alle Formen von Gewalt, Zerstörung und Vernichtung. Die aktuelle Christenverfolgung in islamischen Ländern verdeutlicht diesen Sachverhalt: «Ungläubige» verlieren ihr Existenzrecht in der islamischen Welt. Ethik-Kurse und der interreligiöse Dialog sind deshalb eher hilflose Instrumente gegen die fulminante Ausbreitung des Islam.

(aus dem Buch «Tötet sie, wo ihr sie trefft – Islamischer Antisemitismus», von Michael Ley, erschienen 2018 im HINTERGRUND-Verlag Osnabrück)

## Drei Bundesrätinnen – eine Bilanz



Warum nur ist Frau Sommaruga nicht Pianistin geblieben? Man hätte es ihr gegönnt, auf den Konzertbühnen gefeiert zu werden. Oder hat es dazu nicht ganz gereicht – wie in der Politik, wo ihre Bilanz, höflich ausgedrückt, sehr «durchzogen» ist? Aber die Bekanntheit der

früheren Konsumentenschützerin war offenbar derart gross, dass sich ihre Ständeratskandidatur für die SP aufgedrängt hat. Und dann ging mit der politisch stets korrekten Multikulti-Frau, die vordergründig wie eine eifrige Fünftklässlerin in der vordersten Schulbank wirkt, unaufhaltsam weiter – zur Bundesrätin und Bundespräsidentin. Ihr Vorbild ist «Mutti» Merkel. Beide wollen die Welt retten – mit offenen Grenzen, einer masslosen Multikulti-Zuwanderungs- und Asylpolitik und mit rigorosen Massnahmen und Verboten zugunsten des «Klimas». Denn «die Welt brennt» (Sommaruga am WEF in Davos).

Und nun hat die stets Korrekte kürzlich ein äusserst unkorrektes «Bravourstück» geliefert: Sie hat einen Geheimpakt mit EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen zum Schaden unseres Landes abgeschlossen und vereinbart, dass die EU die Schweiz bis zum 17. Mai, dem Tag der Abstimmung über die Begrenzungsinitiative, «in Ruhe lässt». Dies aus Furcht, weitere Forderungen und Druckversuche aus Brüssel könnten der SVP und ihrer Begrenzungsinitiative bei der Abstimmung nützen. Dieser «Pak» ist ein ausgekochter Skandal, der laut Strafgesetzbuch Art. 267 geahndet werden muss. Die entsprechende Bestimmung unter dem Titel «Diplomatischer Landesverrat» lautet: *Wer als Bevollmächtigter der Eidgenossenschaft vorsätzlich Unterhandlungen mit einer auswärtigen Regierung zum Nachteil der Eidgenossenschaft führt, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren oder mit Gefängnis bestraft.* Dennoch ist bislang kein Politiker, kein Rechtsgelehrter und keine Partei wirklich aktiv geworden.

\*



Wie steht es mit Bundesrätin Karin Keller-Sutter (KKS)? Bei ihr stimmt das manchmal fast maskenhafte Outfit – Makeup, Lidschatten, Augenbrauen, Frisur etc. – stets perfekt wie das Tüpfli auf dem «i». Eher mittelprächtigt ist hingegen ihre «bürgerliche» Politik. Zwar haben sich

seinerzeit viele Leute begeistert über die «Hardlinerin» im St. Galler Regierungsrat geäussert. Schon damals hat man jedoch von Insidern andere Töne gehört: Vieles sei eher Fassade, harte Massnahmen würden angekündigt, aber längst nicht immer vollzogen. Für mich keine Überraschung – ein Beispiel:

Als KKS Ständerätin war, habe ich im Nationalrat eine Motion eingereicht mit der Forderung, Vermummte bei Kundgebungen müssten strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden. Kollege Peter Föhn hat die gleiche Motion im Ständerat eingereicht und mir freudig mitgeteilt, auch KKS habe den Vorstoss unterzeichnet und stehe voll dahinter. Bei der Behandlung im Ständerat (als Erstrat) kam die Ernüchterung: KKS hat den Vorstoss abgelehnt.

Ihr oberstes Ziel ist es derzeit, die Begrenzungsinitiative zu «bodigen», um den Weg frei zu machen für das Rahmenabkommen, das uns dem EU-Recht und dem EU-Gerichtshof (sowie Strafmassnahmen bei «Fehlverhalten») unterwerfen würde. Um der Begrenzungsinitiative, die sie tatsachenwidrig als «Kündigungsinitiative» diskreditiert und über die sie in arroganter Weise Halb- und Unwahrheiten erzählt, den Wind aus den Segeln zu nehmen, hat sie die «Überbrückungsrente» für ältere Arbeitslose vorangetrieben. Dies, obwohl diese Rente den Mittelstand hunderte von Millionen Franken kostet und ältere Arbeitnehmer erst recht in die Arbeitslosigkeit treibt: Arbeitgeber würden mit dieser Rente geradezu motiviert, ältere Arbeitnehmer ohne Skrupel in die Arbeitslosigkeit zu entlassen, denn diese wären ja durch den Staat «abgesichert».

\*



Wie ist die Arbeit von Bundesrätin Viola Amherd zu beurteilen? Kurz gesagt: Sie ist bislang eher ein Lichtblick. Sie hat es offensichtlich verstanden, unvoreingenommen im für sie neuen Armeebereich Fuss zu fassen, sich zu informieren und dann zu entscheiden. Negativpunkt: Unter den Leuten, die sie im VBS um sich schart, hat es viel «CVP-Inzucht» ohne entsprechenden Leistungsausweis. Dennoch: Als CVP-Frau bringt sie ihre oft lavierende Partei im Armeebereich hinter sich. So besteht die grosse Chance, dass sie die wichtigen Armeevorlagen, insbesondere das neue Kampfflugzeug, «durchbringen» wird. Auch bei der Volksabstimmung dürfte sie mit ihrer ungekünstelten Art und dem urchigen Oberwalliser Dialekt wohl intakte Chancen haben.

*Von den drei Bundesrätinnen verdienen die zwei erstgenannten schlechte Noten; sie haben noch viel Luft nach oben. Die dritte gibt Anlass zu Hoffnung.*

Hans Fehr

## Grenzen setzen, Mass halten!

von Thomas Matter, Nationalrat, Meilen ZH



Eine Million Zuwanderer sind in nur 13 Jahren in die Schweiz gekommen. Bereits in 10 Jahren wird wahrscheinlich die Zehn-Millionen-Schweiz Realität. Damit dies nicht eintritt, bitte ich Sie, der Begrenzungsinitiative am 17. Mai 2020 zuzustimmen. Es geht um die Zukunft unseres Landes.

Was hatten der Bundesrat und das Parlament dem Volk im Jahr 2000 nicht alles versprochen, um ein Ja zur Personenfreizügigkeit zu erreichen?! Die Einwanderung aus EU-Staaten werde nicht stark zunehmen – in Wirklichkeit ist jedes Jahr im Durchschnitt vergleichsweise fast eine Stadt St. Gallen zugewandert. Auch in den Grenzkantonen werde es kein Lohn- und Sozialdumping geben – tatsächlich sind in der Romandie und im Tessin die Erwerbslosenzahlen von 3,55 Prozent im Jahr 2001 auf 7,14 Prozent angestiegen.

Im Übrigen – so stand es im Abstimmungsbüchlein – sei auch «keine massive Zunahme von ausländischen Ärzten zu erwarten». Tatsächlich musste der Kanton Zürich soeben wegen dem grossen Zustrom von EU-Ärzten einen sofortigen Arztstopp erlassen. Jeder neue Arzt kostet Sie als Prämienzahler eine halbe Million Franken pro Jahr. Kein Wunder, dass auch Ihre Krankenkassenprämien explodieren.

Die Volksinitiative für eine massvolle Zuwanderung vom 17. Mai will der Masseneinwanderung Grenzen setzen und wieder Mass halten. Sie verlangt, dass die Schweiz die Zuwanderung wieder eigenständig regelt und die Personenfreizügigkeit ausser Kraft gesetzt wird.

Die Zubetonierung unserer schönen Landschaft durch die Zuwanderung ist dramatisch. Dabei macht die Siedlungsfläche – also die bewohnbare Fläche der Schweiz – nur gerade 7,5 Prozent des Territoriums unseres Landes aus. Mit der Begrenzungsinitiative können Sie unsere Natur schützen und erhalten. Österreich ist doppelt so gross wie die Schweiz, hat aber gleich viele Einwohner. Das sagt schon einiges aus.

Auch die Energiesparmassnahmen nützen nichts, wenn der Stromverbrauch wegen der Zuwanderung ständig ansteigt. Vor allem torpediert die Masseneinwanderung auch unsere Schweizer Umwelt- und Klimapolitik. Mehr Bevölkerung heisst mehr Emissionen und mehr Ressourcenverbrauch.



## «Übergangsrente»

(Erfindung von Bundesrätin Karin Keller-Sutter und Bundesrat Alain Berset)

- Die vom Bundesrat vorgeschlagene Übergangsrente soll Sechzigjährigen bis zur Erreichung des AHV-Alters 65 die Fortsetzung der Arbeitslosenentschädigung auf Kosten der Steuerzahler sichern.
- Die Arbeitslosenentschädigung ist deutlich höher als die Leistungen der Sozialhilfe.
- Schweizer Arbeitnehmer ab dem 58. Altersjahr werden durch die Übergangsrente «entsorgungsmöglich». Sie erhalten nach vorzeitiger Entlassung während zwei Jahren eine Arbeitslosenrente, danach bis zur Erreichung des AHV-Alters auf Kosten der Steuerzahler genau gleiche Beiträge als «Übergangsrente».
- Im Klartext heisst das: 58-Jährige können problemlos entsorgt werden, wobei niemand die Wiedereingliederung der Entlassenen in die Arbeitswelt auch nur als möglich in Betracht zieht.
- Billigere junge Ausländer erhalten klaren Vorrang gegen den der Entsorgung überlassenen älteren Schweizern.

**Solch schäbiges Abservieren von älteren Schweizer Fachkräften können Sie verhindern mit Ihrem Ja zur Begrenzungsinitiative.**

Erlebnisse aus 35 Jahren aktiver Politik (Teil 42)

# Damals in der SVP

von Hans Fehr, a. Nationalrat, Eglisau ZH



1'064 Schützen – Männer und Frauen! Diese stolze Zahl stammt nicht etwa von einem offiziellen kantonalen oder einem grossen regionalen Schützenfest, sondern vom 14. SVP-Schiessen (der SVP des Kantons Zürich) Ende September 1996. Das bereits legendäre Zürcher SVP-Schiessen war 1983 gegründet worden. Dies in der Überzeugung, eine Partei, die für die Freiheit und Sicherheit von Land und Leuten kämpfe, müsse – neben einer glaubwürdigen Politik – auch mit einem solchen Grossanlass unterstreichen, dass sie für unsere Schützentradition und für eine wehrhafte Schweiz einsteht. Und wir sagen mit einem gewissen Stolz: «Wer denn, wenn nicht die SVP, ist in der Lage, einen solchen Grossanlass auf die Beine zu stellen?!»

Der Anlass ist derart populär geworden, dass die Teilnehmer schon bald die Tausendergrenze überschritten haben und sich das Ganze zu einem eigentlichen Volksfest entwickelt hat – mit dem Schiessen im Zentrum (6 Schuss auf die A-5er Scheibe), mit einem attraktiven Gästeprogramm, musikalischer Umrahmung, einem speziellen Kinderprogramm, attraktiven Preisen und natürlich einem würdigen Absenden.

Weil der 14. Grossanlass in Oberweningen im Wehntal stattfindet, ist es logisch, dass Schützen und Gäste im Festzelt von Frauen in der wunderschönen Wehntaler Tracht bedient werden. Und weil in jeder Zeit gerade die Beschaffung des Truppentransporters «Duro», montiert durch die Firma «Bucher-Guyer» in Niederweningen, aktuell ist, wird den Parteiponenten und Gästen ein Augenschein vor Ort geboten. Neben Regierungsrätin Rita Fuhrer (die 27 von 30 möglichen Punkten schießt und in ihrem Grusswort die Schützenfamilie dazu aufruft, mutig zu unseren Traditionen, zur schweizerischen

Identität und zum Schiessen als Ausdruck von Wehrhaftigkeit und Gemeinschaft zu stehen), Regierungsrat Hans Hofmann, unseren National-, Stände- und Kantonsräten und vielen Gemeindebehörden sind als spezielle Gäste auch die Divisionäre Ulrico Hess (der spätere Kommandant des Feldarmekorps 4), Louis Geiger, Hansruedi Ostertag und Rolf Siegenthaler anwesend. Ulrico Hess, ein besonders begnadeter Truppenführer – aber im Schiessen eher mittelpflichtig – meint zu einem Kritiker seiner Schiesskünste: «*Es isch nid mini Ufgab, bsunders guet z'schüsse – ich mues defür Sorge, dass mini Soldate träffed!*»

Anwesend ist auch ein noch relativ unbekannter Jung-Nationalrat namens Toni Brunner, der eine Schützendelegation aus dem Obertoggenburg mitgebracht hat (Die Bezeichnung «relativ unbekannt» hat er dann aber rasch ins Gegenteil verkehrt...). Auch etliche andere Kantonalparteien sind am SVP-Schiessen 1996 und überhaupt bei allen SVP-Schiessen regelmässig vertreten. Solche Anlässe sind wichtig für den Gemeinsinn und den Zusammenhalt in der Partei und darüber hinaus – und ich bin sicher, dass auch das SVP-Schiessen 2020, das im kommenden Herbst zum 38. Mal stattfindet, attraktiv gestaltet wird.

\*

Am 25. September 1996 findet ein völlig anderer Anlass statt: Die Frauenkommission der Kantonalzürcher SVP macht ihren alljährlichen Sommerausflug – diesmal zum Kernkraftwerk Beznau. Dort lassen sich die Besucherinnen über die Funktion eines KKW und allerlei Wissenswertes orientieren – so beispielsweise darüber, dass «Beznau» mit Aarewasser gekühlt wird, was eine Temperaturerhöhung des Wassers von 0,7 Grad Celsius bewirkt.

Rückschau: An einem Sommertag im Jahre 1976 habe ich mit meiner damaligen 3. Realklasse – alle per Velo – von Eglisau aus zunächst ebenfalls das KKW Beznau und dann noch Leibstadt besucht – wobei letzteres bekanntlich mit einem Siedewasserreaktor ausgestattet ist. Nach der Mittagsrast unterwegs (mit Grill-Servelats an einem grossen Feuer) gehen wir auf dem Rückweg noch ins Freibad Zurzach. Solche Touren und Ausflüge habe ich damals regelmässig gemacht. So konnten die Jugendlichen «aus eigener Kraft» Land und Leute und die Arbeitswelt kennenlernen.

Warum erwähne ich diese KKW-Ausflüge? Ganz einfach, weil sie heute kaum mehr stattfinden würden. Im Zeitalter Gretas und der Klimabewegten würden solche Besuche wohl von vielen als gewagt (oder freisinnig ausgedrückt als «suboptimal») empfunden – obwohl sich ein sauberes KKW der neuesten Generation aus Sicht der Logik und des Umwelt- bzw. Klimaschutzes (CO<sub>2</sub>) für unser Land geradezu aufdrängt. Aber «psychologisch»



*ist das bis auf weiteres nicht «opportun», die Uhren laufen derzeit anders. Ich hoffe dennoch, dass mittelfristig vernünftige Politiker, Energiespezialisten und andere Leute mit Rückgrat einen Umschwung herbeiführen können, bevor unser schönes Land durch Windräder (und infolge der Massenzuwanderung) verunstaltet ist.*

Interessant: Noch kurz vor dem Ausfall des Kühlsystems beim grossen japanischen Nuklearkraftwerk Fukushima im März 2011 hat der Bundesrat eine Energiestrategie verabschiedet, die ausdrücklich die Notwendigkeit eines neuen modernen KKW betonte; auch SP-Bundesrat und «Energeminister» Moritz Leuenberger hat sich ausdrücklich dazu bekannt. Nach «Fukushima» und in der Ära von Doris Leuthard war dann aber plötzlich alles anders.

\*

Themenwechsel: Kürzlich wurde in den Medien bekannt, dass es in etlichen Schweizer Restaurants insbesondere mit der Hygiene nicht zum Besten bestellt sei. Auch die amtlichen Kontrollen seien zum Teil ungenügend und würden zu spärlich durchgeführt. Das erinnert mich an den 1. Dezember 1996, als im Kanton Zürich über das Gastgewerbegesetz abgestimmt wurde, das (leider) angenommen wird. Unser bekannter Kantonsrat und begnadete «Beizer» Oskar (Oski) Bachmann von der «Metzg» in Stäfa hat sich damals vehement gegen das Gesetz ausgesprochen, weil bei



dessen Annahme für einen Gastwirt kein Fähigkeitsausweise mehr verlangt werde und «jeder Galöri eine Beiz aufmachen kann.» Eine gewisse Grundausbildung für einen Gastwirt dürfe, so Bachmann, nicht gestrichen werden – sie müsse im Gegenteil verstärkt werden. Nur dies garantiere dem Gast Qualität und gesunde Verpflegung. Zudem müssten jedem Wirt die einschlägigen Gesetze bekannt sein, die für die Ordnung und Sicherheit in einem Gastwirtschaftsbetrieb unerlässlich seien.

*Wäre das Gesetz am 1.12.1996 abgelehnt worden, hätten wir heute im Gastgewerbe wohl einige Probleme weniger.*

*(Fortsetzung folgt)*

*Hans Fehr*

## Die «Schweizerzeit»-Agenda

Donnerstag, 19. März 2020, 19.15 Uhr

### **Das Verschwinden der Schweizer**

Vortrag von Dudo Erny, Publizist

Swisshotel Zug\*\*\*, Chollerstrasse 1 A, 6300 Zug

Veranstalterin: «Schweizerzeit», 8416 Flaach/ZH

Donnerstag, 26. März 2020, 20.00 Uhr

### **Sessionsrückblick**

Mit Nationalrätin Esther Friedli (SVP), Wintersberg, Ebnet-Kappel/SG

Parkhotel, Bahnhofstrasse 31, 7323 Wangs/SG

Veranstalterin: SVP-Sektion Sarganserland

Donnerstag, 3. April 2020, 19.30 Uhr

### **Info-Abend «Ja zur Begrenzungs-Initiative»**

Mit Werner Gartenmann, Auns, und Ulrich Schlüer, «Schweizerzeit»

Hotel Restaurant Metzger, Dorfplatz 5, 6060 Sarnen/OW

Veranstalter: Auns und «Schweizerzeit»

Dienstag, 14. April 2020, 19.30 Uhr

### **«Ja zur Schweiz»**

Mutiert die Schweiz zur linksgrünen Volksrepublik?

Vortrag von Ulrich Schlüer, «Schweizerzeit»

Hotel Monopol, Pilatusstrasse 1, 6002 Luzern

Samstag, 25. April 2020, 10.30 Uhr

### **Auns-Mitgliederversammlung**

Mit Vorträgen von NR Esther Friedli, Prof. Reiner Eichenberger,

SR Thomas Minder, SR Marco Chiesa

Mehrzweckhalle Kaserne Bern, Papiermühlestrasse 15, 3014 Bern

Veranstalterin: Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (Auns)

## KEIN MONOPOL DEM EU-SÜCHTIGEN MEDIENEINTOPF IN DER SCHWEIZ

Ich abonniere das «Schweizerzeit»-Magazin.

Preis bis Ende 2020: Fr. 60.–

Name/Vorname:

---

Strasse/Nr.:

---

PLZ/Ort:

---

Mail-Adresse:

---

Wenn Sie uns Ihre Mail-Adresse mitteilen, erhalten Sie zusätzlich kostenlos allwöchentlich unser aktuelles «Brisant» per Mail. Eine Weitergabe Ihrer Mail-Adresse findet nicht statt.

Datum:

Unterschrift:

---

**Einsenden an:** «Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach,

Tel.: 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03

E-Mail: [abonnement@schweizerzeit.ch](mailto:abonnement@schweizerzeit.ch)

## BESTSELLER



## Die Könige der Schweiz

Die Geschichten der Schwingerkönige von 1895 bis 2019

Christina Boss / Christian Boss

Ohne Zweifel ein Prachtband ist dem Reinhardt-Verlag mit den Porträts aller bisherigen Schweizer Schwingerkönige gelungen. Sorgfältig gestaltete Texte stellen einerseits die Persönlichkeiten aller Schwingerkönige vor, dokumentieren aber auch die Geschichte eines Sports, den es nur in der Schweiz gibt, dessen Popularität von Jahr zu Jahr zunimmt.

Friedrich Reinhardt, Basel 2019, 379 S., geb., Grossformat, reich ill., (Richtpreis Fr. 44.80)

Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 42.55

## AKTUELL



## Verheimlicht, vertuscht, vergessen

Was 2019 nicht in der Zeitung stand

Gerhard Wisnewski

Es gibt Fakten, wichtige Entwicklungen, wegweisende Stellungnahmen und Standpunkte, die den Weg in die Medien nie finden. Keineswegs aus unglücklichem Zufall. Nein, die Medienmacher wollen gewisse Wahrheiten der Öffentlichkeit bewusst vorenthalten – klar politisch motiviert. Zu diesen bewussten Lücken erscheint jetzt als «anderes Jahrbuch» die Chronik all dessen, was im letzten Jahr die Öffentlichkeit nicht erreicht hat. Auch über das «Weshalb» erfährt man Interessantes.

Kopp, Rottenburg 2020, 288 S., geb., (Richtpreis Fr. 20.90)

Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 19.85



## Vom intelligenten Investieren

Zeitlose Prinzipien für erfolgreiche Investments

Thorsten Polleit

Der Autor dieser Neuerscheinung ist am 20. März um 21 Uhr auf «Schweiz 5» in der Magazin-Sendung der «Schweizerzeit»-Fernsehsendungen zu sehen. Er bewegt sich ausserhalb jener Beurteilung der finanzpolitischen Vorgänge, die von den Zentralbanken ausgeht. Thorsten Polleit ist überzeugt: Nur auf echten Werten beruhendes Vermögen hat Bestand. Wie in Zeiten der Ausraubung der Sparer durch Negativzinsen der Einzelne das von ihm Erarbeitete absichern kann, dazu gibt er in seinem neusten Buch konkrete Ratschläge.

Finanzbuch, München 2019, 251 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 20.90)

Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 19.85

# Büchertisch



## Der grösste Crash aller Zeiten

Wirtschaft, Politik, Gesellschaft – Wie Sie jetzt noch Ihr Geld schützen können

Marc Friedrich und Matthias Weik

Der Vertrauensverlust gegenüber der Finanzwelt und -politik erfolgt derzeit in galoppierendem Tempo. Die Medien verbreiten zwar devot, was ihnen die Politik zum Geschehen an den Finanzplätzen vorspiegelt. Die Öffentlichkeit weiss dennoch: Wer Negativzins verfügt, beraubt die Sparer und begünstigt die Schuldenmacher. Die Autoren schildern ungeschminkt den Zustand der Weltwirtschaft und vermitteln Ratschläge, wie sich der Einzelne der Zersetzung der einst soliden Währungen entziehen kann.

Eichborn, Köln 2019, 400 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 27.90)

Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 25.65



## Bin ich denn der Einzige hier, wo Deutsch kann?

Über den Niedergang unserer Sprache

Andreas Hock

Erschreckend, in welchem Tempo korrektes Deutsch aus dem Alltag, aus Schulen, Medien und Politik verschwindet. Ein Autor, der die deutsche Sprache beherrscht, nimmt eine Bestandesaufnahme vor, welche Leser erschauern lässt: Die deutsche Sprache ist durch dem EU-Zentralismus verfallene Bildungsfunktionäre zum Auslaufmodell verkommen. Die Schulen legen kaum mehr Wert auf korrekte Ausdrucksweise. Eine schockierende Auslegeordnung.

Riva, München 2014, 186 S., Brosch., (Richtpreis Fr. 14.50)

Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 13.80



## Wer schützt die Welt vor den Finanzkonzernen?

Die heimlichen Herrscher und ihre Gehilfen

Jens Berger

Die Finanzkonzerne, eng verstrickt in die Hyper-Überschuldung, welche die Währungsmärkte gefährdet, operieren für viele undurchsichtig. Sind sie die eigentlichen Beherrscher der Welt? Was resultiert aus ihren Handlungen – auch für jeden Einzelnen? Das Buch von Jens Berger informiert angriffig, nimmt kein Blatt vor den Mund. Bezeichnet Schuldige und Opfer als das, was sie sind. Eine interessante, süffig abgefasste Lektüre.

Westend, Frankfurt am Main 2019, 298 S., brosch., (Richtpreis Fr. 30.50)

Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 29.–

## HÖRBUCH



Lieber zuhören statt lesen – unser heutiger Hörbuch-Vorschlag:



## Die Kameliendame

**Alexandre Dumas**

Die Erzählung von der grossen Liebe, von Entsagung und Tod der Kameliendame gehört zu den grossen Werken der Weltliteratur. Es ist die Geschichte, die Giuseppe Verdis grossartiger Oper «La Traviata» zugrunde liegt: Ein junger Mann aus gutem Hause verliebt sich in eine Kurtisane. Ein Verhältnis echter, tiefer Zuneigung und Liebe entwickelt sich – bis die bürgerliche Welt diese Liebe zerstört, weil sie «nicht standesgemäss» ist. Der junge Mann aus gutem Hause müsste mit dem Ausschluss aus der Gesellschaft rechnen, würde er an ihr festhalten. Wie sich Marguerite Gautier (in «La Traviata» ist es Violetta) in ihr Schicksal ergibt, aus Zuneigung zu ihrem Geliebten diesen aufgibt und seiner streng regulierten Gesellschaft zurückgibt, das schildert Dumas auf einzigartig eindringliche Weise. Auch die Erschütterung, die der Tod dieser Kameliendame bei den sie Überlebenden zurücklässt, ist untrennbarer Teil dieses Meisterwerks. Die CD vermittelt Alexandre Dumas' Erzählung ungekürzt.

Eine Produktion des NDR, 1994; DAV, Audio-Verlag, Berlin 2018  
1 mp3-CD, Laufzeit 488 Min., (Richtpreis Fr. 15.50)  
Ihr Preis bei Schweizerzeit: Fr. 14.75

Hörbücher: Beste Unterhaltung auf langen Autofahrten – und wirksame Medizin gegen Stau-Ärger.

## BUCHZEICHEN



## Eine Kultur schafft sich ab

Beiträge zu Bildung und Sprache

**Mario Andreotti**

Der Leitartikel in der heutigen «Schweizerzeit» ist dem Büchlein «Eine Kultur schafft sich ab» des Lehrbeauftragten für Sprach- und Literaturwissenschaft an der Universität St. Gallen, Prof. Dr. Mario Andreotti, entnommen. Der Autor nutzt – eine Seltenheit im heutigen Kulturbetrieb – sorgfältigste gestaltete deutsche Sprache. Seine Aufsätze zu grundlegenden Fragen der Zeit sind nur schon ihrer Treue zur deutschen Sprache wegen lesenswert. Auch inhaltlich setzt sich Professor Andreotti mit Zerfallserscheinungen in Sprache und Kultur auseinander.

Er verfasste die einzelnen Aufsätze für in der Ostschweiz erscheinende Zeitungen. Zusammengefasst in einem Büchlein gewinnen sie noch an Wert. Wer an echter Bildung, an gepflegter Sprache und Kultur festhalten will, der wird dieses Büchlein mit 52 Kolumnen mit hohem Genuss lesen. **us**

Mario Andreotti: «Eine Kultur schafft sich ab – Beiträge zu Bildung und Sprache». FormatOst, Schwellbrunn 2019, 120 S. brosch., (Richtpreis Fr. 28.–)  
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 26.60

## Bestellschein

Schweizerzeit

## Bestseller

Christina Boss/Christian Boss – Die Könige ... à Fr. 42.55

## Aktuell

Gerhard Wisnewski – Verheimlicht, vertuscht ... à Fr. 19.85

T. Polleit – Vom intelligenten Investieren à Fr. 19.85

Marc Friedrich und Matthias Weik –  
Der grösste Crash aller Zeiten à Fr. 26.65

Andreas Hock – Bin ich denn der Einzige ... à Fr. 13.80

Jens Berger – Wer schützt die Welt vor ... à Fr. 29.–

## Hörbuch

Alexandre Dumas – Die Kameliendame à Fr. 14.75

## Buchzeichen

Mario Andreotti – Eine Kultur schafft sich ab à Fr. 26.60

## Bestellung an:

«Schweizerzeit»-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach  
Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, [buechertisch@schweizerzeit.ch](mailto:buechertisch@schweizerzeit.ch)

Der «Schweizerzeit»-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 8.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei.

(05/13.03.2020)

Name/Vorname \_\_\_\_\_

Strasse/Nr. \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Tel.-Nr. \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_



# DIE «SCHWEIZERZEIT» AM FERNSEHEN

**Sendungen** jeden Freitag 21.00–22.00 Uhr auf «Schweiz5»

Freitag, 13. März 2020	<b>Stammtisch</b>	<b>Ja zur Begrenzungsinitiative</b> Ulrich Schlüer im Gespräch mit Nationalrätin Esther Friedli und Nationalrat Andreas Glarner
Freitag, 20. März 2020	<b>Magazin</b>	<b>Währungspolitik und Weltherrschaft</b> Ulrich Schlüer im Interview mit Thorsten Polleit, Chefökonom Degussa
Freitag, 27. März 2020	<b>Stammtisch-Live</b>	<b>Sozialhilfe und Masseneinwanderung: Eine Zeitbombe</b>
Freitag, 03. April 2020	<b>Landmann-Talk</b>	<b>Andreas Glarner – mit Volldampf für die Schweiz</b> Valentin Landmann im Gespräch mit Nationalrat Andreas Glarner

**Öffentliche Aufzeichnungen/Live-Sendungen** im «Haus der Freiheit», Wintersberg/Ebnat-Kappel

Freitag, 27. März 2020 16.00 Uhr	<b>Stammtisch</b> (Aufzeichnung)	<b>Spontan – Schlagfertig – Treffsicher</b> Toni Brunner diskutiert mit einem Überraschungsgast
Freitag, 27. März 2020 21.00 Uhr	<b>Stammtisch-Live</b>	<b>Sozialhilfe und Masseneinwanderung: Eine Zeitbombe</b>



Die nächste «Schweizerzeit»  
erscheint am  
**27. März 2020**

## Schweizerzeit

### Impressum

**Herausgeberin:** «Schweizerzeit» Verlags AG,  
8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9  
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9  
BIC: POFICHBEXXX

**Verlagsleitung:** Ulrich Schlüer

**Redaktion:** Postfach 54, 8416 Flaach

**Telefon:** 052 301 31 00

**Telefax:** 052 301 31 03

**redaktion@schweizerzeit.ch**

**www.schweizerzeit.ch**

**Leitung:** Ulrich Schlüer, Hans Fehr

**Mitarbeiter:** Samuel Balsiger, Karl Eckstein,  
Patrick Freudiger, Thomas Fuchs, Alex Grendelmeier,  
Tis Hagmann, Hermann Lei, Anian Liebrand, Markus  
Melzl, Charly Pichler, Thorsten Polleit, Joël Thüring

**Finanzen, Organisation:** Denise Betschart

**Inserate:** Markus Rezzonico, 079 332 61 61

**Layout, Druck:** Dietschi Print&Design AG,  
Ziegelfeldstrasse 60, 4601 Olten,  
T 062 205 75 75, info@dietschi.ch

**Einzelpreis:** CHF 4.–, erscheint 14-täglich

**Jahresabonnement:** mind. CHF/EUR 80.–

## Pädo-Abgründe beleuchten

Die traditionelle sifa-Wintertagung vom 7. März hatte dieses Jahr ein Thema im Zentrum, das besonders aufwühlte und die Anwesenden streckenweise richtiggehend erschütterte. Der Chef Ermittlungen Kinderschutz der Stadtpolizei Zürich vermittelte lebendige Einblicke in die verdienstvolle Arbeit seiner Abteilung. Um unsere Kinder zu schützen, sind die Ermittler gezwungen, tagtäglich in die Abgründe unserer Gesellschaft hinabzusteigen. So schreitet die Polizei ein, wenn es zu Übergriffen in der eigenen Familie kommt – nicht selten eine höchst delikate Angelegenheit. Es erfordert feinstes Fingerspitzengefühl, um die Kinder zu einer Aussage zu motivieren, wenn der Peiniger oder die Peinigerin aus dem nächsten Umfeld stammt.

Im Internet versuchen pädophile Psychopathen, sich über Chatrooms in sozialen Medien an Minderjährige heranzumachen und diese an persönliche Treffen zu locken, um sich dann an ihnen zu vergehen. Die Polizei ermittelt in diesem Umfeld verdeckt – kann aber wegen beschränkten Ressourcen nur einen Teil der Täter stellen.

Unverständlich sind die hohen administrativen Hürden, die den Ermittlern die Arbeit erschweren. Die Freigabe von Kommunikationsüberwachung bei dringendem Tatverdacht erfolgt oft erst nach aufwändigem Prozedere – wofür den Betreibern (Swisscom, Sunrise und Co.) erst noch horrend

Beträge zu überweisen sind. Was den verantwortlichen Paraphrenreibern wohl nicht bewusst ist: Zu spätes Eingreifen lässt Missbrauch und die nachhaltige Schädigung von Kinderseelen geschehen!

Im Untergrund des Internets – dem Darknet – sind pädokriminelle Netzwerke besonders aktiv. Jede Sekunde werden weltweit hunderttausende Bilder kinderpornographischen Materials heruntergeladen. Da geschätzt zwei bis drei Prozent der Bevölkerung pädophile Neigungen aufweist, ist die Zielgruppe leider erschreckend gross. Zur Veranschaulichung: In der Schweiz leben demnach bis zu 250'000 Menschen, die zu Pädophilie neigen.

Den Zuhörer lassen diese Tatsachenschilderungen ohnmächtig zurück. Ungläubig frage ich mich wieder und immer wieder: Wieso wird der hehre Begriff der Rechtsstaatlichkeit immer nur dann bis zum Exzess überstrapaziert, wenn es darum geht, Täter mit milden Strafen davonkommen zu lassen? Warum ist es in unserem Land nicht endlich möglich, pädokrminellen Abschaum für immer wegzusperren? Ich würde mit Pädophilen, deren abartige Geisteskrankheit und Gefährlichkeit gegenüber unschuldigen Kindern nachgewiesen ist, ganz anders verfahren. Sie nicht auch?

Anian Liebrand

Schluss  
Punkt